

# Die Bergbau-Industrie

## Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Bezugspreis durch Boten vierteljährl. 2,25 M., durch die Post 3 M. Einzelnummern 50 Pf. ♦ Anzeigenannahme: Inseraten-Kolon, GmbH., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. ♦ Preis für die 25 mm breite Millimeterzeile 40 Pf. Plagvorkosten ausgeschlossen. ♦ Postfach-Konto Hannover Nr. 576 13. ♦ Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, Filiale Bochum, Viktoriastr. 46. ♦ Tel.-Nr. 608 21. ♦ Telegr.-Adr.: Mittelverband Bochum.

### Die nationalfaschistische Adelsregierung gestartet!

#### Auf den Schultern des National„Sozialismus“.

„Das alte System ist endgültig gestürzt!“

So jubelten die nationalfaschistischen und national„sozialistischen“ Zeitungen und Versammlungsredner, als die Kunde von der Bildung der neuen Regierung durch die Lande ging.

„Der Nationalsozialismus ist das Fundament, auf dem sich nun „das neue System“ aufbauen wird“, so wurde ergänzend von den Hitlerpropheten hinzugefügt.

Und wirklich, die Tatsachen bestätigen das. Man braucht sich nur die neuen Männer namentlich vorstellen zu lassen, um zu wissen: „Sawohl, das ist nordisches Herrenblut“, dem ja die National„sozialisten“ wieder zu seiner alten Herrenstellung zu verhelfen versprochen. Als neue Systemträger haben wir nämlich kennengelernt:

- Herr von Papen — Reichskanzler
- Freiherr von Gahl — Innenminister
- Freiherr von Neurath — Außenminister
- Graf von Schwerin — Finanzminister
- Generalleutnant von Schleicher — Wehrminister
- Freiherr von Eiß-Rübenaß — Verkehrsminister
- Freiherr von Braun — Landwirtschaftsminister.

Außerdem wurde aus den Ministerialbüros eine Anzahl von Beamten mit einem schlichten Volkstnamen hinausgeworfen und durch blaublütige Adelssträger ersetzt.

#### Deutschland, erwache!

Anschließend eine Frage, die wir bitten, auch allen Nazivählern vorzulegen: Haben sich wirklich die Nazivähler das „neue System“ so vorgestellt?

Wir glauben es nicht, denn das wäre ja die Bestätigung jener Auffassung, daß das deutsche Volk noch zu unreif sei zu seiner Selbstverwaltung und aus Furcht vor seiner Selbständigkeit, der es sich nicht gewachsen fühle, immer wieder freiwillig unter die Herrenpeitsche seiner Adelskaste zurückflüchte.

Das kann nicht wahr sein!

Es ist vielmehr so, daß tatsächlich weite Kreise des Volkes den Hitlerdemagogen ganz ehrlich vertraut und geglaubt haben, daß diese Bewegung ihnen Befreiung aus wirtschaftlicher und sozialer Not bringen würde. Solcher Irrglaube war so lange bei der Millionenmasse der organisierten Indifferenten entschuldbar, als die Hitlerdemagogen in der Opposition gegen die frühere Regierung standen.

Die Hitlerbewegung aber, als das Fundament, auf dem sich die Nazibarone jetzt seine alte Herrenstellung über das Volk aufzurichten beginnt, muß nun auch vor den Augen des Dummsten im Volke in ihrem wahren Charakter erkennbar dastehen.

#### National„sozialisten“ als Regierungspartei.

Es ist jetzt offenkundig, daß die national„sozialistische“ Hitlerpartei die eigentliche Regierungspartei ist.

Adolf Hitler hat der Regierung seine Duldsamkeit versichert und seiner Presse und seinen Versammlungsrednern verboten, gegen die nationalfaschistische Adelsregierung zu kämpfen!

Die eigentliche Verbrüderung soll erst nach den Wahlen stattfinden. Man hofft, das Volk noch bis dahin weiter verblöden zu können, um noch mehr Stimmen zu erhalten! Die Nazis sollen erst die Mehrheit bekommen, um dann mit den Baronen, Freiherrn, Grafen und Generaldirektoren die endgültige faschistische Diktatur aufzurichten!

Wie diese Diktatur aussehen soll, ist ja bereits durch die national„sozialistische“ Adelsregierung angekündigt. Man braucht hierzu nur die sogenannte Regierungserklärung zu lesen, mit der sich diese neuen Herrenblüter vorstellen. Man lese nur folgende Sätze aus dieser Erklärung:

„Die finanziellen Grundlagen des Reiches, Preußens und der Mehrzahl aller anderen Länder und Gemeinden sind erschüttert. Keine der notwendigen grundlegenden Reformen, die Voraussetzung jeder Gesundung — Verwaltungsreform, Finanzreform, Anpassung unseres staatlichen Lebens an die Armut der Nation — ist über schwache Ansätze hinausgekommen. Die Sozialversicherungen stehen vor dem Bankrott. Die ständig gewachsende Arbeitslosigkeit zehrt trotz allen Arbeitswillens der besten Kräfte am Marke des deutschen Volkes.

Die Nachkriegsregierungen haben geglaubt, durch einen sich ständig steigenden Staatssozialismus die materiellen Sorgen dem Arbeitnehmer wie dem Arbeitgeber in weitem Maße abnehmen zu können. Sie haben den Staat zu einer Art Wohlfahrtsanstalt zu machen versucht und damit die moralischen Kräfte der Nation geschwächt. Sie haben ihm Aufgaben zu-

erteilt, die er seinem Wesen nach niemals erfüllen kann. Gerade hierdurch ist die Arbeitslosigkeit noch gesteigert worden.“

#### Was lehrt diese Erklärung?

Wir bitten, einmal bei folgendem Satz etwas länger zu verweilen, weil er für sich allein schon den ganzen Geist und die ganze Absicht dieser feudalen Herrenregierung von Hitlers Gnaden verrät:

„Die Nachkriegsregierungen (uvm. bis „geschwächt“) . . .“

Hier sagt die Regierung nichts anderes, als daß die Nachkriegsregierungen bisher eine Politik getrieben hätten, die darauf gerichtet gewesen wäre, dem Volke seine Sorgen abzunehmen.

Stimmt das? Weshalb will man denn ein „neues System“? Dann doch nur deshalb, um von jetzt ab nur noch Politik gegen das Volk und für den industriellen und großagrarischen Feudaladel und die Bankiers und Offiziere zu machen!

Sie befagt weiter, daß die Agitation der Nazis, also der jetzigen Regierungspartei, gegen die alten Regierungen nur Lüge, Verleumdung und Demagogie war, soweit sie auf der Behauptung basierte, daß die Nachkriegsregierungen mit den materiellen Interessen des Volkes schindler getrieben hätten. Was jagen die Nazivähler hierzu?

Es kann doch nur eines stimmen: Entweder haben die Nazis die Wahrheit gesagt oder aber ihre adligen Regierungsherren. Da sich die National„sozialisten“ aber jetzt hinter ihre Regierungsharone stellen, bekennen sie sich doch auch zu deren Regierungserklärung. Was ist daraus zu lernen?

Nun, die Nationalfaschisten haben durch ihre Agitations-truppe, die Nazis, tatsächlich nur demagogisch geblüff, um Stimmen für sich zu fangen, wenn sie gegen die „Volkseindlichkeit“ der bisherigen Regierungen hekten. In Wirklichkeit bekennen sie hier, daß ihr Kampf nur deshalb geführt wurde, weil die Regierungen zu viel für das Volk getan hätten. Heute hätten wir geradezu einen „Wohlfahrtsstaat“.

### Nationalfaschistische Volksverhöhnung.

Und wie steht es mit dem Vorwurfe, daß die Sozialpolitik des Nachkriegsstaates und seinem Nachgeben gegenüber den Gewerkschaftsforderungen es zuwege gebracht hätten, daß eine „moralische Zermürbung“ des Volkes eingetreten wäre? Wir lesen hierzu im „Vorwärts“ folgende treffende Antwort:

Ist es moralische Zermürbung, wenn sechs Millionen Arbeitslose und ihre Angehörigen ihr hartes Los, ihr Elend und ihre Not männlich tragen, ohne dem Aufruhr und der Anarchie zu verfallen?

Ist es moralische Zermürbung, wenn das deutsche Arbeits-volk, seine Arbeiter, Angestellten und Beamten Milliardenopfer auf sich genommen und geleistet haben, um den Notleidenden zu helfen, um den völligen Zusammenbruch der wirtschaftlichen und finanziellen Grundlagen des Lebens der Gemeinschaft zu verhindern?

Ungeheuerlicher und ungerechter ist noch nie ein beschimpfender Vorwurf gegen ein großes Volk erhoben worden!

Niemals noch ist ein solcher Vorwurf gerade von denen erhoben worden, die am wenigsten Anlaß dazu hätten! Mit welchem Recht berufen Nazi-Junker und Scharfmacher sich auf die Moral?

Die Zerstörung der moralischen Kräfte hat sich nicht auf der Seite des Volkes gezeigt, sondern bei jenen Klassen, die jetzt das Volk beschimpfen und bedrohen!

Der völlige Zerfall jeder Moral, die Mißachtung von Treu und Glauben, von Recht und Gesetz — er hat sich in der nationalfaschistischen Klasse der sogenannten Wirtschaftsführer gezeigt!

Die ostelbischen nationalfaschistischen Großagrarier, die Milliardenbeträge erhalten haben auf Kosten des Volkes, die diese Beträge leichtfertig nach Junkerari verschleudert haben — sie gehören Seite an Seite mit den Wirtschaftsverbrechern aus der Industrie.

Wo war die Heße gegen den Wohlfahrtsstaat, als die Industrieherrzöge und Finanzmagnaten gemeinsam nach der Hilfe des Staates geschrien haben?

Viele Milliarden sind in Gestalt von Subventionen, Krediten und Offhilfe diesen Klassen zugeflossen, und diese Milliarden sind bezahlt worden durch gewaltige Opfer eines schwer kämpfenden Volkes!

Die tiefste Amoral, das moralisch zerkendendste Element unserer Zeit — das ist die Begehrlichkeit dieser Schichten, gepaart

Was man gegen diesen „Wohlfahrtsstaat“ unternehmen will? Nun, das steht ja auch in der Regierungserklärung:

#### „Anpassung unseres staatlichen Lebens an die Armut der Nation!“

Das kann doch nur heißen, daß nach Auffassung der nationalfaschistischen Regierung der Staat gegenüber dem Volk zu verschwenderisch gemessen sei, daß also „gespart“ werden müsse. In der Praxis heißt das:

#### Abbau auf der ganzen Linie in der Sozialversicherung und Fürsorge.

Und es wurde ja auch schon angekündigt, daß das der Weg sein wird. Die nächsten Novorderordnungen der Adelsregierung werden das lehren.

Vor der Wahl aber will man nur „das Notwendigste“ tun. Der eigentliche Abbau beginnt erst nach den Wahlen, weil „die Regierung sich klar sein muß, daß sie doch die Stimmen des Volkes braucht“, schrieb ein schwerkapitalistisches Blatt.

Und war das anders zu erwarten? War es nicht der Kanzler der jetzigen Herrenregierung, der schon vor Monaten

#### Beseitigung der Knappschaff

forderte? Ist damit nicht genug gesagt darüber, was besonders auch die Bergarbeiter von der neuen Politik zu erwarten haben? Man sieht, die Gefahren sind groß geworden, die dem Volk und besonders der Arbeiterschaft drohen.

Hier gilt es, alles für den kommenden Wahlkampf einzusetzen, damit die Regierungspartei der Nazibarone nicht so stark wird, um ihre Pläne widerstandslos verwirklichen zu können. Deshalb ist jedem Volkswähler einzuhämmern, daß er nicht die Regierungspartei des blaublütigen Adels, die Nazipartei wählen darf.

mit ihrer tiefen Verlogenheit und der traffen Undankbarkeit gegenüber dem eigenen Volke!

Gegenüber dem Angriff des Nationalfaschismus auf das Volk erklären wir laut:

Wir bekennen uns zum Wohlfahrtsstaat!

Wir bekennen uns zu dem Grundsatz, daß der Staat alles tun muß, um die Ansprüche des Arbeitsvolkes auf Lohn und Gehalt und die Unterstützung der unschuldigen Opfer der Krise unbedingt zu sichern!

Wir bekennen uns zu dem Grundsatz, daß der Staat das Leben und des Lebens Notdurft für alle Bürger gewährleisten muß!

Wir bekennen uns zu dem Grundsatz, daß der Reiche opfern muß für den Armen!

Das Glück und die Wohlfahrt der arbeitenden Klassen eines Volkes sind die Voraussetzung seiner moralischen Kräfte und der Zweck des Staates!

Wir wollen ein freies Volk, das seine Wirtschaft befreit aus dem Verbreden des Kapitalismus.

Wir wollen eine Wirtschaftsordnung, die allen ein kulturwürdiges Dasein gewährleistet!

#### Wir wollen die sozialistische Organisation der Wirtschaft!

Wir wollen, daß die deutsche Nation aufrecht und angehehen dastehet unter den Völkern der Erde; frei nach außen und frei im Innern!

Fort mit den Kräften der Reaktion! Fort mit denen, die das deutsche Volk beschimpfen und seine gewaltigen Leistungen bezudeln! Fort mit den Junkern und Scharfmachern, die von jeher das Unglück des deutschen Volkes gewesen sind!

Zu diesem Kampf für Deutschlands Glück und Freiheit rufen wir das ganze Volk auf!

Wir rufen dem gesamten Arbeitsvolke zu: Her zu unseren Fahnen! Her zum roten Banner des Sozialismus!

#### Einheit aller Schaffenden gegen Kapitalismus und Reaktion!

Nur Schwerindustrielle, Großagrarier, Bankiers, Offiziere und Adelsleute wählen diesmal zur Erhaltung ihrer Herrenregierung national„sozialistisch“. Das Volk aber wählt sozialdemokratisch!



# Ein halbes Jahr Krümperystem.

Hierüber schreibt Dr. Schucke im Reichsarbeitsblatt (Nr. 16, 1932) unter anderem:

### II.

Die Notverordnung vom 6. Oktober 1931 (Reichsgesetzbl. I S. 573) hat mit dem von ihr geschaffenen § 89 b des RWVG. der vom Spruchsenat vertretenen Rechtskonstruktion Rechnung getragen. Beim Krümperystem handelt es sich darum, Arbeitnehmern die Arbeitslosenunterstützung zu gewähren, die gegen das Versprechen, in absehbarer, verhältnismäßig kurzer Zeit wieder in ihren bisherigen Betrieb aufgenommen zu werden, ihren Arbeitsplatz vorübergehend für Arbeitslose frei machen, also dem Arbeitsmarkt entweder kraft rechtlicher oder doch kraft tatsächlicher Bindung an ihren Betrieb nicht frei zur Verfügung stehen. Man hätte das dadurch erreichen können, daß man der Reichsanstalt die Möglichkeit eröffnete, eine im Gesetz vollständig geregelte oder, wie man es bei der Kurzarbeiterunterstützung getan hat, eine auf Grund gesetzlicher Normativbestimmungen vom Verwaltungsrat zuzulassende Zulassleistung besonderer Art zu gewähren. Damit hätte man vielleicht die Neigung der Arbeitnehmer, arbeitslosen Kollegen ihre Arbeitsplätze vorübergehend frei zu machen, verstärkt, kann aber die Neigung der Arbeitgeber steigen können, die mit einer Teilausschließung der Belegschaft verbundenen Unquemlichkeiten in Kauf zu nehmen; jedenfalls hätte man die Reichsanstalt zusätzlich mit Leistungen zu einer Zeit belasten müssen, wo nach nicht feststand, ob sie sie würde tragen können. Deshalb ging die Notverordnung den anderen möglichen Weg, durch eine Sonderbestimmung die unfreiwillige Arbeitslosigkeit zu unterstellen, wenn eine Vereinbarung mit dem Betriebsrat, Arbeiterrat oder Angestelltenrat über ein zeitweiliges Aussehen eines Teiles der Belegschaft eines Betriebs zustande gekommen und der Unterstützungsanspruch der Ausgesetzten durch einen besonderen Verwaltungsakt bejaht worden ist, nämlich eine „Anordnung des Prääsidenten des Landesarbeitsamts, daß die Ausgesetzten, auch wenn sie sonst nicht als arbeitslos anzusehen wären, beim Vorliegen der übrigen Voraussetzungen Arbeitslosenunterstützung erhalten.“ Die Anordnung kann darüber hinaus von einer der Voraussetzungen der Arbeitslosenunterstützung, nämlich der Wartezeit, absehen und muß die Höhe der Arbeitslosenunterstützung auf die Hälfte der sonst bei Vollarbeitslosigkeit den einzelnen Arbeitslosen zustehenden Unterstützung beschränken. Aus diesen Rechtsvorschriften haben sich folgende Hemmnisse für die Einführung des Krümperystems ergeben, die allerdings in ihrer Bedeutung nicht überschätzt werden dürfen.

1. Weil die Anordnung, die die Arbeitslosenunterstützung zuspricht, nach der Wd. nur auf Grund einer Vereinbarung zwischen dem Arbeitgeber einerseits und dem Betriebsrat, Arbeiterrat oder Angestelltenrat andererseits ergehen kann, scheute man sich, in Tarifverträgen generell derartige Krümpervereinbarungen zu treffen. Durch einen Erlaß des RMW. — IV a 1448/32 Mu vom 2. Mai 1932 — ist das jetzt für zulässig erklärt worden. Erfahrungen darüber, ob die Tarifparteien von dieser rechtlichen Möglichkeit Gebrauch machen werden, fehlen noch.

2. Obwohl nur die Hälfte der sonst zustehenden Arbeitslosenunterstützung gewährt wird, wird durch den Bezug von Krümperunterstützung die Dauer der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung ebenso schnell erschöpft wie es durch die Vollunterstützung geschehen würde. Haben daher die Arbeitnehmer Grund zu der Beforgnis, der Betrieb, der zunächst Krümpern will, werde später ganz zum Erliegen kommen, so lehnen sie eine Krümpervereinbarung naturgemäß ab, weil sie dann Beträge, auf die sie sich durch Beiträge einen Anspruch gesichert haben, verlieren.

3. Zu der gleichen ablehnenden Haltung der Beteiligten führt nach den gemachten Erfahrungen gelegentlich das Fehlen jeder Übergangsbestimmung für den Fall, daß, während ein Teil der Belegschaft ausgesetzt, der Betrieb zum Erliegen kommt, also das als vorübergehend gedachte und nur mit der halben Arbeitslosenunterstützung gemilderte Aussehen in Dauerarbeitslosigkeit übergeht. Man fragt insbesondere, ob dann die Wartezeit nachgeholt werden muß.

4. Rechtlich zweifelhaft ist auch die Sozialversicherungspflicht des jeweils ausgeschiedenen Teils der Belegschaft. Handelt es sich um eine verhältnismäßig nicht erhebliche Unterbrechung des Beschäftigungszustandes, so daß die Pflicht des Arbeitgebers fortbesteht, für den jeweils feiernden Teil der Belegschaft Beiträge zur Kranken-, Arbeitslosen- und Invalidenversicherung zu zahlen? Die Versicherungssträger haben zwar, soweit feststellbar, diese Beiträge bisher nicht verlangt, aber die Rechtsunsicherheit ermutigt sicher nicht zum Abschluß von Krümpervereinbarungen.

5. Die Befassung der Arbeitsämter, die in ihrer Verpflichtung liegt, die Individualvoraussetzungen für jeden feiernden Belegschaftsangehörigen zu prüfen (insbesondere Anwartschaft, Familienstand, Rentenbezüge, Erschöpfung des Anspruchs) hat sich bisher als tragbar erwiesen. Es hat sich auch keine Hemmung daraus ergeben, daß die Angehörigen einer Belegschaft danach gegebenenfalls verschieden behandelt werden müssen, offenbar deshalb, weil Stammarbeiter desselben Betriebs hinsichtlich der Unterstützungsverhältnisse im wesentlichen in gleicher Rechtslage sind.

6. Die Forderung des Gesetzes, daß die Anordnung nur zwecks Entlastung des Arbeitsmarktes erlassen werden darf, hat sich als Hemmung nicht erwiesen. Sobald angenommen werden kann, daß die Krümpervereinbarung nur eine gewisse Zeit lang durchgehalten werden kann, ist die Entlastung stets gegeben und auch von der Praxis bejaht worden.

7. Anfänglich schien es, als ob der zweite Satz des § 89 b Abs. 1 RWVG. eine Hemmung bilden könne. Danach soll eine Anordnung nur erlassen werden, wenn der Wechsel in der Belegschaft nicht in größerem als in monatlichen Zeitabschnitten erfolgt und die während der Regelung im Betriebe arbeitende Belegschaft ohne Berücksichtigung des jeweils ausgeschiedenen Teils nicht wesentlich geringer ist als die durchschnittliche Belegschaft der letzten Zeit. Da aber alsbald vom RMW. hergestellt wurde, daß es sich hier nur um Sollvorschriften handelte, von deren Erfüllung die Prääsidenten der Landesarbeitsämter nach pflichtmäßigem Ermessen absehen dürfen, sind aus diesen Gründen Anordnungen nicht verzögert worden. Die Monatsfrist ist nur in einem Falle aus 113 erlassenen Anordnungen überschritten, dagegen ist nur in acht Fällen die Einstellung neuer Arbeitskräfte als Ersatz für den ausgesetzten Teil der Belegschaft zu erlangen gewesen.

### III.

Wenn die nachstehend unter IV berichteten Zahlen gleichwohl angeht den Umfang der Arbeitslosigkeit der Gegenwart verhältnismäßig bescheiden sind, so können dafür nur Gründe maßgebend gewesen sein, die außerhalb des Gebiets der Rechtsordnung liegen und mit denen jede wie immer geartete rechtliche Regelung des Krümperystems zu kämpfen haben wird. Die Betriebsverteilung, die sich auf „wechselweises“ Aussehen eines Teils der Belegschaft erlaubt, müßte ihr damit einen Verdienstaufschlag zu. Dieser beträgt unter der Annahme, daß die halbe

Arbeitslosenunterstützung ein Viertel des Lohnes beträgt und jeweils die Hälfte der Belegschaft arbeitet, 4 1/2 Monatslöhne in zwölf Monaten, d. h. über ein Drittel. Aber selbst in dem Fall, der den Anlaß zur konkreten Ausgestaltung des Krümperystems in der jetzigen Form gegeben hat, nämlich nach der auf einer niederfachlichen Reihe getroffenen Vereinbarung, wonach jeder Mann der Belegschaft innerhalb von sieben Kalendermonaten einen Monat ohne Verdienst ist, ergibt sich bei Ansetzung der Krümperunterstützung mit einem Viertel des Lohnes, ein Lohnausfall von über 11 Proz. Es ist klar, daß ein solches Opfer, selbst wenn es durch Leistungssteigerung etwas auszugleichen wäre, freiwillig nur dann von den Arbeitnehmern übernommen werden kann, wenn stabile Löhne herrschen, also wenigstens das Ausmaß des Opfers übersehen werden kann. Diese Voraussetzung hat seit dem Inkrafttreten des § 89 b RWVG. gefehlt. Ebenso ist aber die Wirtschaftslage derart gespannt, daß die Fälle naturgemäß nicht häufig genug sein können, in denen ein Arbeitgeber auf lange Sicht — und nur bei Aussehen eines verhältnismäßig geringen Teils der Belegschaft in langen Zeiträumen könnte der Lohnausfall erträglich werden — die Verpflichtung übernehmen kann, planmäßig die Wiedereinstellung vorzunehmen, ganz abgesehen davon, daß in arbeitsrechtlich erzwingbare Formen solche Verpflichtungen nur sehr schwer kleidet werden können. Auch die Rückwirkung des Krümperns auf den Leistungsumfang bringt für den Arbeitgeber ein Moment der Unsicherheit mit sich, das im voraus schwer übersehbar ist.

### IV.

Wenn man alle diese Schwierigkeiten bedenkt, so erscheinen die nachstehend zu berichtenden Zahlen immerhin nicht unbeachtlich. Die Hauptstelle der Reichsanstalt hat sich Abschriften aller von den Landesarbeitsämtern erlassenen Anordnungen auf Zulassung des Krümperystems sowie Abschriften aller Ablehnungsbescheide zusenden lassen. Nach dem Stande vom 15. Mai 1932 ergibt sich, daß 6 Ablehnungsbescheide und 113 Zulassungsbescheide eingegangen sind. Die Ablehnungsbescheide spielen also keine ins Gewicht fallende Rolle. Hinsichtlich der Zulassungsbescheide ist folgendes zu berichten:

1. Räumlich betrachtet entfällt die größte Anzahl von Anordnungen auf den Bezirk des RMW. Sachsen (40 Anordnungen). Es fallen auf Westfalen 14, auf Südwestdeutschland 15 und

Mitteldeutschland 9 Anordnungen. Der Rest verteilt sich auf die übrigen Bezirke. Bemerkenswert ist, daß im Bezirk Brandenburg nur in zwei Fällen, in Groß-Berlin nur in einem Fall eine Anordnung ergangen ist. Das Ueberwiegen der Oegenen, in denen die mittleren und kleineren Industriebetriebe vorherrschen, ist unverkennbar.

2. Nach der Art der Betriebe ist am stärksten an den Anordnungen beteiligt die Textilindustrie (22 Betriebe). Es folgen das Metallgewerbe (17 Betriebe), die Konsumvereine (15 Betriebe), das Verkehrsgewerbe (11 Betriebe) und der Bergbau (8 Betriebe). Nicht nur private, sondern auch 12 Staats- und Gemeindebetriebe haben das Krümperystem eingeführt.

3. Die beteiligten Betriebe zählen insgesamt etwa 47 500 Arbeitnehmer, von denen etwa 32 300 vom Krümperystem ersetzt werden. Darunter befinden sich etwa 30 050 Männer, 2250 Frauen, 29 900 Arbeiter, 2400 Angestellte.

4. Wenn auch die Zahl der beteiligten Bergbaubetriebe gering ist, so stellt andererseits der Bergbau die Höchstzahl von Unterstützungsempfängern mit rund 2000 Personen von insgesamt 4200 Unterstützungsempfängern am 15. Mai 1932. Unter diesen 4200 Beziehern von Krümperunterstützung sind 3300 Männer und 900 Frauen.

5. Der Wechsel in der Belegschaft erfolgt in 68 Fällen monatlich, in 25 Fällen halbmonatlich, in 13 Fällen wöchentlich, in 6 Fällen alle drei Wochen und in einem Falle alle fünf Wochen.

6. Die Anträge auf Einführung des Krümperystems sind in fast allen Fällen mit Rücksicht auf sonst unermessliche Entlastungsmaßnahmen entsprechenden Umfangs gestellt worden. Nur in acht Fällen hat die Einführung des Krümperystems die Einstellung zusätzlicher Arbeitskräfte als Ersatz für die Ausgesetzten zur Folge gehabt; es sind rund 1600 Arbeitnehmer eingestellt worden. In einer ganzen Reihe von Betrieben wird neben dem Krümperystem auch noch verkürzt gearbeitet, wenn auch in einem Umfange, der den Bezug von Kurzarbeiterunterstützung ausschließt.

### V.

Der Tendenz des Gesetzes entsprechend haben die Landesarbeitsämter, ehe sie sich zur Zulassung des Krümperystems entschlossen haben, auf die Einführung von unterstützungsfähiger Kurzarbeit hingewirkt. Insofern ist von der Einführung des § 89 b ein Erfolg in Bezug auf die Verteilung der vorhandenen Arbeitsmöglichkeiten unter möglichst viele Arbeitnehmer zu verzeichnen gewesen, der nicht in den Zahlen der Empfänger von Krümperunterstützung zum Ausdruck kommt.

# Wirtschaftliche Funktionen der Sozialversicherung.

Die Sozialversicherung ist zu einer gesellschaftlichen Einrichtung von großartiger Bedeutung geworden. Ihr jahrzehntelanges Bestehen und die unausgesetzte Inanspruchnahme hat sie zu einem wesentlichen Bestandteil des Lebens der Arbeiterklasse werden lassen. Es ist aus alledem nicht zu verwundern, daß eine solche Einrichtung, die einen großen Teil des Volkseinkommens an sich zieht und wieder verausgibt, im Mittelpunkt der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen steht. Nach dem Kriege ist erfolgreich der Versuch gemacht worden, die Sozialversicherung zu verbreitern und einen immer größeren Personenkreis in sie hineinzuziehen. Die Tätigkeit des Internationalen Arbeitsamts zum Beispiel ist seit dreizehn Jahren darauf gerichtet, in allen Ländern ein Mindestmaß von sozialer Fürsorge für die Arbeiter und Angestellten durchzuführen. Lebhafte Kräfte sind gegen diese Entwicklung mobilisiert worden. Dennoch wird sich diese Bewegung nicht aufhalten lassen, sondern immer mehr durchsetzen, bis der Schutz der Arbeitskraft gegen alle Gefahren gesichert ist. Weil aber die Sozialversicherung und alles, was damit zusammenhängt, Gegenstand des Kampfes von Interessengruppen geworden ist, hat die Arbeiterklasse alle Ursache, das Erreichte zu erhalten und wenn möglich, auch weiter auszubauen.

In diesem Kampfe ist es notwendig, Material zu erhalten, welches jeder Kritik standhält. Deshalb ist eine Schrift zu begrüßen, die unter dem Titel: „Die wirtschaftlichen Funktionen der Sozialversicherung“ von der Sozialistischen Vereinigung für Wirtschafts- und Gesellschaftsforschung herausgegeben und bei der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Berlin erschienen ist. Eine Reihe bekannter Autoren untersucht das Problem Sozialversicherung von den verschiedensten Gesichtspunkten aus, wobei bedeutsame Erkenntnisse gewonnen werden. Die nachstehenden Ausführungen halten sich hauptsächlich an das erste Kapitel dieser Schrift: „Sozialversicherung und Arbeitsfähigkeit“, das von Dr. Ludwig Preller bearbeitet wurde.

Arbeitskraft ist ein umfassender Begriff. Sie umschließt eine große Reihe von Fragen und ist das bedeutendste Wirtschaftsgut eines modernen Industriestaates. Eine dauernde Wiedererneuerung derselben ist notwendig, weshalb ihr Träger, der Hand- und Kopfarbeiter, einen entsprechenden Schutz vor den Gefahren seiner Tätigkeit erhalten muß. Die Sorge um die Verwendungsmöglichkeit der Arbeitskraft, deren wirtschaftliche Verwertung dem Arbeitnehmer allein die Existenz verbürgt, liegt stets bei ihm selbst. Darüber hinaus ist der Staat als höchstes gesellschaftliches Organ an der vollen Erhaltung der Arbeitskraft interessiert und muß um die beste Verwertung derselben bemüht sein. Kein Staat kann sich dieser unabwendbaren Aufgabe entziehen. Soll dies aber erreicht werden, dann muß die Arbeitskraft in Fällen der Erwerbs- oder Existenzfähigkeitschwächung einen besonderen Schutz erhalten. Dieser Schutz kann nur von einer gesellschaftlichen Organisation ausgehen. Im allgemeinen wird diese Funktion von der Sozialversicherung ausgeübt.

Am Anfang der Sozialversicherung ging es lediglich darum, die brüchig gewordene Arbeitskraft in irgendeiner Form zu entschädigen. Der Gedanke einer geldlichen Entschädigung wurde geboren aus der vor etwa 50 Jahren herrschenden liberalen Wirtschaftsauffassung. Es war Aufgabe des Trägers der Arbeitskraft, für die Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit selbst Sorge zu tragen. Dazu gesellte sich später der Ersatz durch Sachleistungen, wodurch der Heilungsprozeß beschleunigt werden sollte. So entwickelte sich aus den anteilmäßig wachsenden Sachleistungen der Sozialversicherung eine vollständigere Erfassung der Arbeitsfähigkeit durch Versicherungsmaßnahmen. Im weiteren Verlauf der Entwicklung wurde erkannt, daß die Schädigungsursachen nicht allein im Einzelmenschen, sondern auch in seiner sozialen Umgebung zu suchen sind. Die Sozialversicherungsträger gingen deshalb dazu über, sich mit der Wohnung, der hygienischen Lebensweise der arbeitsunfähigen Gewordenen zu beschäftigen.

Die Sozialversicherung hat auf die kulturelle Entwicklung der Arbeitnehmer einen großen Einfluß gehabt. Diese und andere Gründe führten zu der Erkenntnis, einen immer größeren Kreis der Arbeiter und Angestellten von der Sozialversicherung betreuen zu lassen. Waren es zuerst nur die Industriearbeiter,

so kamen in den meisten Ländern die Landarbeiter, Dienstholen, Angestellten usw. hinzu. Hinzu trat auch das Bestreben, die Sozialversicherung auf die Familie des Versicherten auszudehnen. Die Arbeitslosenversicherung bildete den Schlußstein in der vollständigen Erfassung der Arbeitsfähigkeit durch die Sozialversicherung. In zunehmendem Maße wendet sich die Sozialversicherung vom Gedanken bloßer Entschädigung brüchig gewordener Arbeitskraft immer eindeutiger und wichtiger der Wiederherstellung und Erhaltung vorhandener und der Sicherstellung künftiger Arbeitsfähigkeit zu. Ihr umfassendes Ziel ist schließlich nicht allein Hilfe, sondern Schaffung produktiver Kräfte. „Zum andern erweitert die Sozialversicherung ihr Betätigungsfeld ständig horizontal in Richtung möglichst völliger Erfassung aller in Betracht kommenden gesellschaftlichen Arbeitsfähigkeit und vertikal in Richtung möglichst völliger Erfassung der individuellen Arbeitsfähigkeit vom Kind im Mutterleibe über das erwerbsfähige Alter bis zu den erwerbsfähigen Hinterbliebenen.“ Diese Entwicklung hat im Gesellschaftsleben eines Industriestaates mit ausgeprägter Sozialversicherung einen namhaften Einfluß ausgeübt.

Zweckbestimmung der Sozialversicherung war Menschenökonomie. Es sollten nicht allein brüchig gewordene Arbeitskräfte wiederhergestellt werden, sondern die Gesundheit des ganzen Volkes von Grund auf dem Schutze mächtiger Organisationen anvertraut sein. Wenn es dazu kommen sollte, mußte man auch zur Bekämpfung der Ursachen der Krankheiten, der Unfälle, der Invalidität usw. schreiten. Deshalb mußten die Sozialversicherungsträger den Volksfeuchen, wie der Tuberkulose, den Geschlechtskrankheiten, dem Alkoholismus usw. tatkräftig zu Leibe gehen. Dadurch bewältigte man eine Aufgabe, die nicht nur im Interesse der Arbeiter und Angestellten lag, sondern darüber hinaus dem gesamten Volksganzen zugute kam. Eine gesunde und in den Kulturstand gehobene Bevölkerung ist nicht nur leistungsfähig bei der Arbeit, sondern hat auch die Aussicht, ein wesentlich längeres Leben zu genießen. Dies kommt zum Ausdruck in der Erhöhung der Lebenserwartung. Dafür einige Beispiele:

Die durchschnittliche Lebenserwartung der Bevölkerung betrug bei der Geburt im Jahrzehnt 1871—1881 in Deutschland bei den Männern 35,53 Jahre und bei den Frauen 38,45 Jahre; 1924—1926 stieg dieselbe auf 55,97 bzw. 58,82 Jahre. In England betrug die Steigerung der durchschnittlichen Lebenserwartung von 1871—1880 bis 1920—1922 bei den Männern von 41,35 auf 55,62 und bei den Frauen von 44,62 auf 59,58 Jahre. Deutschland und England sind zwei Länder mit einer langjährigen Zwangsversicherung. Das Resultat ihrer Wirksamkeit ist neben anderen Ursachen, wie Arbeitszeitverkürzung und gewerkschaftliche Kulturarbeit der verschiedensten Art, eine durchschnittliche Lebensverlängerung um 20 Jahre. In Frankreich hingegen hat sich die Lebenserwartung im gleichen Zeitraum nur unwesentlich verändert, weil eine Sozialversicherung dort nicht vorhanden war. Der wirtschaftliche Erfolg dieser Lebensverlängerung geht, kapitalmäßig betrachtet, in viele Milliarden Mark. Der Kapitalwert der in Deutschland lebenden Menschen wird auf 900 Milliarden Mark geschätzt bei einem Sachkapital von 300 Milliarden. Es sind also enorme Summen, die der Volkswirtschaft durch die erreichte Verlängerung des Lebens erhalten bleiben.

Somit stellt die Sozialversicherung einen gegenständlichen Quell der arbeitenden Bevölkerung und im weiteren Sinne der Volkswirtschaft dar. Dabei sind noch allerhand Nebenwirkungen als Aktivismus in Erscheinung getreten. So ist z. B. dadurch das Solidaritätsgefühl der Arbeiter und Angestellten wesentlich gestärkt worden. Durch die Sozialversicherung wurden Millionen Einzelkräfte miteinander verbunden und in mannigfachen Organisationen zusammengefügt. Dadurch wird den Arbeitern der Wert solidarischen Handelns plastisch vor Augen geführt. Einer für alle und alle für einen, das ist der Grundgedanke hier in großartiger Weise verwirklicht wurde. Erhaltung und Schutz der Sozialversicherung ist nicht nur ein dringendes Gebot, sondern das Kardinalproblem der Zeit. Möge sich deshalb jeder schühend vor diese Einrichtung stellen und um ihre Verteidigung bemüht sein!



# Das Geschäftsergebnis des Wintershall-Konzerns im Krisenjahr 1931.

## Verringerte Liquidität — Struktureller Umbau des Konzerns.

Der größte deutsche Kalikonkern, dessen Trägerin bekanntlich die Wintershall-W.G. ist, veröffentlicht nunmehr das Geschäftsergebnis und die Bilanzzahlen des abgelaufenen Krisenjahres 1931. Die Wintershall-W.G. übt zwar in ihrem Bericht nicht die Publizitätsreserve wie das z. B. bei dem jüngsten Bilanzbericht von Salzbefurth der Fall ist, aber in mancher Hinsicht läßt auch der Wintershall-Bericht bezüglich einer klaren Offenbarung der Verhältnisse noch viel zu wünschen übrig. Vor allem gilt das der interessantesten Frage von 21 Millionen Mark Beteiligungen und Forderungen an internationale Gesellschaften und Konventionen. Dieser Posten ist völlig undurchsichtig und wird nur orakelhaft dahin erläutert, daß zur Zeit noch nicht übersehen werden könne, wieviel aus Forderungen und wieviel auf Beteiligungen entfallen. Nähere Aufklärung erscheint dringend geboten.

Am einzelnen stellt auch die Wintershall-Verwaltung den durch die allgemeine Wirtschaftskrise bedingten rückläufigen Kalibehalt fest, der einen Eiserausfall von 29 Proz. gegenüber dem Vorjahre zur Folge hatte. Die Umladungen des Konzerns betragen im Rahmen des Quotenanspruches von 409,2664 Tausendt 3 981 046 Dg. Reintali. Zur Förderung der Frühjahrsdüngung haben im Januar 1932 das Reich und das Deutsche Kalihyndat in Gemeinschaft mit anderen Düngemittelhyndaten eine Ausfallgarantie für Düngemittellieferungen übernommen. Infolge der schlechten Wirtschaftslage ist im abgelaufenen Jahr auch bei den Nebenprodukten ein Absatzrückgang zu verzeichnen. Der rückläufige Absatz hatte zur Folge, daß die Werte Alexanderhall, Bismarckhall und Bleicherode vorübergehend außer Betrieb gesetzt wurden, während auf den übrigen Werken durch Einleitung von Feiertagen verkürzt gearbeitet wird. Im abgelaufenen Jahre wurde ein weiterer Belegwerksaufbau durchgeführt. Die Zahl der Angestellten und Arbeiter des Konzerns beträgt nur noch 4301 Mann.

Besonderes Augenmerk richtete der Wintershall-Konzern auf das Erdölgebiet. Man beteiligte sich mit 312 Aktien an der Gesellschaft Eweraß und der von dieser gemeinschaftlich mit der Preußag errichteten Gesellschaft Deutsche Erdöl-Raffinerie zur Verarbeitung von etwa 90 000 To. Rohöl pro Jahr. Ferner wurde das Raff-Wintershall-Konzern zur Erschließung von Erdöl und Erdgas in Nienhagen und Westercelle gebildet.

Die Bilanzzahlen per 31. Dezember 1931 weisen teilweise ganz erhebliche Veränderungen gegenüber der vorletzten Bilanz aus. Zwei Vorgänge haben eine grundlegende Strukturwandlung bei der Wintershall-W.G. bewirkt. Zunächst hat man die Vermögenswerte der Gesellschaften Bergmannslegen, Hugo, Hörsfelde und Gröschgen aus der Bilanz der Wintershall-W.G. wieder entfernt, da die Anfechtungsklagen einiger Gewerkschaften dieser Gesellschaften wegen der Verschmelzung mit Wintershall am Landgericht Hannover zumungunsten der Wintershall-W.G. entschieden wurden. Die Anschaffungswerte der vorher genannten Gesellschaften sind dem Beteiligungsposten wieder zugeführt worden, das in der Bilanz mit 60,73 Millionen Mark (i. B. 16,57 Mill. M.) erscheint. Ferner hat man erhebliche Beteiligungen der Kalibank-W.G. übernommen, deren Höhe sich auf 47,2 Mill. M. beläuft. Infolge dieser Buchtransaktionen haben die Anlagewerte eine Ermäßigung von 24,6 Mill. M. erfahren, hinzu kommen noch Abschreibungen in Höhe von 14,08 Mill. M. (i. B. 19,29 Mill. M.). Das Konto Anlagewerte erscheint in der Bilanz mit 125,06

Mill. M. (i. B. 162,14 Mill. M.). In die Augen springend ist die starke Verringerung der Bankguthaben auf 34,53 Mill. M. (i. B. 71,45 Mill. M.). Dieser Rückgang der Bankguthaben ist teilweise auf die bis heute noch anhaltenden Investitionen für die Erdölinteressen — man taxiert den investierten Betrag auf 12 Mill. M. — zurückzuführen. Ein weiterer Betrag von etwa 21 Mill. M. wurde, wie bereits oben näher ausgeführt, für die Finanzierung der Beteiligungen an internationalen Gesellschaften dem Bankguthaben entnommen. Durch die starke Reduzierung der Bankguthaben ist gegenüber 1930 eine Verringerung der Liquidität eingetreten.

Das Verhältnis der Wintershall-W.G. zu der Gewerkschaft Wintershall wird jetzt erfaßbar mit näher zahlenmäßigen Angaben einer Publikation unterzogen. Danach besitzt die Gewerkschaft Wintershall nominell 20 Mill. M. Wertungssaktien, die aus der letzten Kapitalerhöhung der W.G. stammen. Diesen Aktientauf hat die Gewerkschaft Wintershall selbst finanziert, und in der Bilanz erfolgt hierfür eine Ausforderung aus den „Sonstigen Schuldern“ in Höhe von 21,4 Mill. M. Tatsächlich umfassen die „Sonstigen Schuldner“ noch rund 43 Mill. M. Forderungen an die Gewerkschaft Wintershall und rund 6 Mill. M. an abhängige Gewerkschaften. Die hierfür in Anspruch genommenen Kredite von rund 20 Mill. M., die größtenteils unter das Stillhalteabkommen fallen, sollen von der Gewerkschaft Wintershall übernommen werden. Um diese 20 Mill. M. und weitere 6 Mill. M. Dividenden auf die Gewerkschaftsbeteiligung bei der W.G. wird sich deren Gesamtverpflichtung der W.G. gegenüber auf rund 17 Mill. M. ermäßigen.

Der Rohgewinn in Höhe von 50,06 Mill. M. (i. B. 59,48 Mill. M.) hat gegenüber dem Vorjahre nur einen verhältnismäßig geringen Rückgang erfahren. An Generalunkosten werden 11,94 Mill. M. (i. B. 14,06 Mill. M.), an Zinsen 8,53 Mill. M. (i. B. 9,67 Mill. M.) und an Wohlfahrtslasten 0,61 Mill. M. (i. B. 0,54 Mill. M.) ausgewiesen. Neben den bereits erwähnten Abschreibungen von 14,08 Mill. M. auf die Anlagen werden auf die Beteiligungen noch 3,81 Mill. M. abgebucht. Aus dem verbleibenden Reingewinn von 11,14 Mill. M. (i. B. 16,13 Mill. M.) werden an die Aktionäre 6 Proz. Dividenden (i. B. 8 Proz.) ausgeschüttet. Das Aktienkapital wird durch Einziehung von nominell 15 Mill. M. eigener Aktien auf nominell 185 Mill. M. ermäßigt. Zu erwähnen ist noch, daß die Gesamtbilanz des Vorjahres im abgelaufenen Geschäftsjahre die nicht unerhebliche Summe von 251 420,43 Mark erreichte.

Im großen und ganzen entspricht das Geschäftsergebnis von Wintershall den Erwartungen, die man unter Berücksichtigung der durch die Wirtschaftskrise geschaffenen Verhältnisse an ein Unternehmen mit einigermaßen solider Stammlage zumindest berechtigt ist zu stellen. Aus diesem Grunde ist es durchaus verfehlt, wenn teilweise die schwerindustrielle Presse ein Resultat wie das vorliegende als einen Erfolg besonderer persönlicher Fähigkeiten eines großkapitalistischen Wirtschaftsführers bezeichnet. Diese Kreise mögen nicht vergessen, daß derartige Geschäftsergebnisse nur mit dem Opfer eines erheblichen Belegwerksaufbaues und zahlloser Feiertage erzielt wurden, denen gegenüber die Höhe der Aufwendungen für die Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder in einem recht seltsamen Licht erscheint.

# Bergeht die Werbearbeit nicht!

Der stete Appell an unsere Mitgliedschaft, alle Kräfte einzulegen, um dem Verbands neue Mitglieder zuzuführen, ist bei einer ganzen Anzahl von Kameraden bis jetzt noch nicht befolgt worden. Die sich immer wiederholende Klage unserer Vertrauensleute lautet: „Es ist immer derselbe Kreis der gleichen Kameraden, die sich für die Agitation zur Verfügung stellen...“ Noch schlimmer aber ist, daß es ganze Zahlstellen gibt, die einschließlich ihrer Ortsverwaltungen allen Aufforderungen, auch bei sich die Agitation durchzuführen, ein stereotypes: „Bei uns hat es keinen Zweck“ entgegenzusetzen. Man suggeriert sich förmlich in die Idee hinein, daß „nichts zu machen“ sei. Das Ergebnis ist natürlich, daß solche Kameraden, wenn sie einmal dem steten Drängen nachgebend, auf Hausagitation ausgehen, von der Zwecklosigkeit ihres Tuns durchdrungen sind und dann natürlich auch nichts ausrichten, weil sie eben von vornherein nicht an Erfolg geglaubt haben.

Es gilt hier zunächst, einmal bei sich selbst klare Bahn zu schaffen. Nur wer selbst Optimist ist, kann einen Erfolg erzielen. Weiterhin scheitert auch manche Hausagitation an einer mangelnden Vorbereitung. So richtig es zu normalen Zeiten gewesen sein mag, systematisch von Haus zu Haus und von Tür zu Tür die Unorganisierten aufzusuchen, heute dürfte dieser Weg doch nicht mehr als einziger zu empfehlen sein. Man muß vorher zusammenkommen und sich über den Kreis der Aufzusuchenden verständigen, muß ihre Verhältnisse, ihre Einstellung, ihre eventuellen Einwendungen schon von vornherein erörtern. Ist so die Vorbereitung getroffen, so bestimme man diejenigen Kameraden, die den einzelnen Unorganisierten besuchen sollen. Möglichst sollen es zwei Kameraden sein, die miteinander gehen, davon wenigstens einer, der die Idee der Organisation auch zu vertreten in der Lage ist. Es ist wirklich noch etwas zu machen, trotz, oder vielleicht auch gerade wegen der augenblicklichen schlechten wirtschaftlichen Lage. In unserer Zahlstelle Linfort, die dafür bekannt ist, daß hier die Kommunisten alle ihre Kräfte einsetzen und ständig in allerintentionster Weise gegen uns arbeiten, konnten seit dem 1. Januar 1932 42 neue Mitglieder aufgenommen werden. Man soll nun nicht glauben, daß dieser schöne Erfolg so ohne weiteres zu erzielen gewesen wäre, und daß bei sich selbst die Verhältnisse eben völlig anders gelagert seien. Hinter so einen bequemen Standpunkt soll man sich nicht verschämen. Sorgfältigste Vorbereitung der Werbung, ein glücklicher Optimismus und der eiserne Wille, etwas zu erreichen, sichern den Erfolg.

Ebenso wichtig, wie die Organisation der Werbearbeit, ist auch die Versammlungs-gestaltung.

Unsere Ortsverwaltungen lassen sich, von einigen Ausnahmen abgesehen, in zwei Kategorien einteilen, und zwar in solche, die zu jeder Mitgliederversammlung einen Referenten anfordern, und in solche, die grundsätzlich (?) ihren Kram allein machen. Weder das eine noch das andere ist richtig. Es ist ein durchaus anerkanntes Bestreben, wenn der Vertrauensmann bemüht ist, aus berufener Referentenmunde seiner Mitgliedschaft von den jeweilig aktuellen Tagesfragen Kenntnis zu geben, aber — man kann „et od owerdriewe“. Die Kameraden wollen auch einmal unter sich sein. So wie die Mutter zu Hause von Zeit zu Zeit großen Hausputz hält, so wollen auch die Kumpels ab und zu in ihren Mitgliederversammlungen ausgesprochenen Kleintram erledigen. Da hat fast jeder etwas. Hier sind Unklarheiten richtigzustellen, dort möchte jemand eine ihn besonders interessierende Zukunft haben, dort sollen einmal die Verhältnisse auf der Arbeitsstelle besprochen werden usw. ... Man sage nicht, daß kann auch in den Versammlungen besprochen werden, die von einem Referenten befehligt sind. Der Schematismus der üblichen Tagesordnungen: Verbandsangelegenheiten, Vortrag, Aussprache, Verschiedenes — läßt in der Regel keine Zeit und keine Gelegenheit mehr dazu. Also ihr, die ihr ständig Referenten in euren Versammlungen habt, gebt einmal bekannt, in der nächsten Versammlung lad wir unter uns, und behandelt nur solche Fragen, die aus der Versammlung aufgeworfen werden. Natürlich müssen der Vertrauensmann und die Betriebsratskameraden gewappnet sein. Der Erfolg wird sich bestimmt zeigen, denn viele haben etwas auf dem Herzen.

Völlig verfehlt ist natürlich der andere Weg, jede Versammlung selbst auszugestalten. Unbestritten ist, daß wir glücklicherweise eine ganze Anzahl von Kameraden in unseren Reihen haben, die ihre Sache ebenso gut machen wie jeder Referent. Tatsächlich aber wollen die Kumpels auch einmal andere Gesichter am Vorstandstisch sehen. Man will Abwechslung. Und in solchen Zahlstellen, die selten von einem Referenten besucht werden, ist der Hinweis darauf, daß ein solcher erscheinen werde, durchaus geeignet, einen stärkeren Besuch der Versammlungen zu erzielen. Mögen sich auch diese Anregungen nicht überall 100prozentig verwirklichen lassen, sicherlich gibt es eine ganze Reihe von Zahlstellen, die sich diese Gedankengänge zum mindesten einmal durch den Kopf gehen lassen sollten. Vielleicht werden doch hier und da entsprechende Versuche erfolgreich durchgeführt. Bernhard Jung.

## Arbeiter, befinnt euch!

Bis ins Unendliche ist die Not der Erwerbslosen gestiegen, insbesondere derjenigen, die aus dem Produktionsprozeß ausgeschlossen sind und mit der großen Unterflutung ihr Leben fristen müssen. Viele haben noch nicht einmal ein Obdach, keine Heimat, müssen draußen in Scheunen und auf der Landstraße das Fest der Freude feiern. Ausgemergelte Körper, hohlwangige Gesichter, das sind die Folgen einer Weltordnung, wie sie jetzt besteht. Unwillkürlich drängt sich hier die Frage auf: Muß das sein, müssen Tausende, Millionen von der Freude des Lebens ausgeschlossen sein, während andere im Ueberfluß prassen? Mit einem Schrei der Entrüstung und Empörung wehren wir uns gegen eine derartige Weltordnung. Wir wollen nur Arbeit und einen auskömmlichen Lohn, wir wollen teilhaben an den Freuden des Lebens. Gebt uns von dem Ueberfluß der Satten, die darum keine Not leiden.

Aber was hören wir als Antwort? Der „Wohlfahrtsstaat“ muß verschwinden. Wir wollen also nichts mehr, zumindest aber weniger bekommen. So wenigstens will es die jegliche Regierung der Nazibarone und des Hitleradels. Dabei ist es jetzt schon so, daß viele der Werttätigen mit diesem Leben nicht einverstanden sind und den Weg in das sogenannte Jenfeits vorziehen. Eine solche Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, die den größten Teil der Menschen verhungern läßt, einen kleinen Teil dagegen mit Ueberfluß überschwemmt, hat ihre Existenzberechtigung verloren; denn wir Werttätige können uns nicht mehr damit abfinden, indem man sagt: es hat von jeher Reiche und Arme gegeben. Wir wollen eine Veränderung dieser Verhältnisse, wir wollen das von uns Geschaffene auch besitzen. Jeder Mensch hat Anspruch auf einen auskömmlichen Lohn oder Rente. Deshalb gilt mehr denn je das Wort: „Einigkeit macht stark!“ Denn durch den Zusammenschluß Gleichleidender, Gleichgesinnter wird eine Macht erzeugt, die keine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung hinwegjagen kann. Deshalb wollen wir uns aufrufen und eine Wirtschaftsordnung nach sozialistischem System aufbauen. Deshalb: Organisiert euch! Aug. Sch.

## Arbeitslose Bergarbeiter!

Kameraden! Viele von Euch haben erst durch ihre Arbeitslosigkeit festgestellt können, wie wertvoll eine gewerkschaftliche Organisation ist. Viele haben gefunden, daß nur derjenige, der sich auf seinen Verband stützt, seine sozialen Rechte kennen lernen und wirksam wahrnehmen kann. Zahlreiche arbeitslose Bergarbeiter haben daher den begeisterten Wunsch, in den Verband einzutreten zu können. Bisher war die Erfüllung dieses Wunsches nicht möglich. Das Statut unseres Verbandes sah vor, daß nur beschäftigte Bergarbeiter die Mitgliedschaft erwerben konnten. Zahlreichen Wünschen und Anregungen folgend, haben wir nun diese Bestimmung geändert. In Zukunft können auch arbeitslose Bergarbeiter in den Verband aufgenommen werden. Auch Jugendliche, die bisher noch keine Arbeit gefunden, aber die Absicht haben, einmal Bergmann zu werden, können dem Verbands beitreten.

- Die Aufnahmebedingungen für Arbeitslose sind:
1. Eintrittsgeld wird nicht erhoben.
  2. Der Beitrag beträgt 5 Pf. pro Woche. Die Bezirke sind berechtigt, einen Bezirksbeitrag von weiteren 5 Pf. zu erheben.
  3. Dafür hat das Mitglied Anspruch auf:
    - a) Zustellung des Verbandsorgans „Die Bergbau-Industrie“ oder die „Bergbau-Jugend“;
    - b) Gewährung einfachen Rechtsschutzes (Auskunfterteilung, Anfertigung von Schriftstücken);
    - c) Teilnahme an den Mitgliederversammlungen und Bildungsveranstaltungen des Verbandes;
    - d) Teilnahme an den Wahlen innerhalb des Verbandes nach den Bestimmungen der §§ 13 und 14 des Statuts und der Wahlordnung.

Solchen Mitgliedern, die schon früher Mitglied des Verbandes waren, kann die frühere Mitgliedschaft in jedem einzelnen Falle durch Beschluß des Vorstandes nach Wiederaufnahme der Arbeit und Leistung von 52 vollen Wochenbeiträgen wieder angerechnet werden.

Die Veränderung des Verbandsstatuts im vorstehenden Sinne ist dem Verbands nicht leicht gefallen. Auch die Gewerkschaften haben unter der Krise schwer zu leiden, weil die Unterstützungsausgaben gewaltig steigen, die Einnahmen aber erheblich zurückgehen. Infolgedessen muß mit jedem Pfennig gerechnet und jede neue Belastung vermieden werden. Wenn wir trotzdem die finanzielle Belastung mit in Kauf nehmen, die für den Verband mit der Aufnahme von Erwerbslosen verbunden ist, dann geschieht das, weil wir eine Kluft zwischen Arbeitslosen und Beschäftigten verhindern und die organisierte Widerstandskraft der Bergarbeiter erhalten wollen. Wir wollen demjenigen, der seinen Arbeitsplatz verloren hat und dem ungewissen Schicksal der Arbeitslosigkeit preisgegeben ist, mit Rat und Tat zur Seite stehen. Er soll in unserer Organisation Halt und Stütze finden. Gemeinsam wollen wir dafür kämpfen, daß die schmachwürdigen Auswirkungen des privatkapitalistischen Wirtschaftssystems baldmöglichst verschwinden und eine höhere soziale Ordnung entsteht, die allen Arbeit und Brot sichert. Darum, arbeitslose Bergarbeiter, richtet wir an Euch den dringenden Appell: Macht von der Möglichkeit, der gewerkschaftlichen Organisation beitreten zu können, reichlich Gebrauch!

Hinein in den Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands!

## Kampf der Gleichgültigkeit.

Jeden von Sehnsucht nach Freiheit erfüllten Arbeiter muß es in tiefer Seele schmerzen, wenn er sieht, wie gleichgültig mancher Schaffende heute dem Kampf zwischen Arbeit und Kapital gegenübersteht. Als ob wir nichts mehr zu verlieren, nichts mehr zu gewinnen hätten. Als ob tatenloses Dulden oder gläubiges Hoffen unser hartes Schicksal ändern könnte. Nein, niemals wird dies geschehen. Kein Wunder wird sich ereignen, das dem schaffenden Menschen ein besseres Dasein verbürgt. Nicht das Geringste wird dem Werttätigen mühelos und ohne Anstrengung in den Schoß fallen.

Das verstoffene Jahrzehnt mit seinen erbitterten Lohn- und Tariffkämpfen hat dies zur Genüge bewiesen. Jeden Zollbreit Boden mußte die Arbeitnehmerenschaft durch ihre Gewerkschaften den kapitalistischen Feinden abringen. Zäh und unerbittlich mit Einsatz aller Kräfte und Energie mußten die Rechte und Ansprüche der werttätigen Masse erstritten und gesichert werden. Wenn uns heute so manches in jahrelangem Kleinkrieg Errungene wieder verloren ging, so ist es nicht die Schuld der Gewerkschaften, ist es nicht mangelnde Befähigung oder erloschener Kampfsgeist unserer Führer, sondern die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise und die dadurch bei uns heraufbeschworenen Notverordnungen sind in erster Linie hierfür verantwortlich zu machen. Das müssen wir festhalten, um denen gerecht zu werden, die als Vertreter und Vollstrecker unseres Willens bei Tariffkämpfen jederzeit mutig und begeistert die Klagen kreuzten mit den Widerstacheln und Ausbeutern im Lager der Unternehmer. Keinesfalls aber darf der denkende Arbeiter aus der jetzigen Lage das Recht herleiten zu resignieren, gleichgültig zu werden gegenüber dem wirtschaftlichen und sozialen Geschehen der Gegenwart. Keinesfalls darf er gerade in diesen Tagen seine Gewerkschaft unter nichtigem Vorwande verlassen und sich auf Gnade und Ungnade dem Unternehmer ausliefern. Das hieße nichts anderes für solch einen Kollegen als wirtschaftliche Selbstmordpolitik treiben! — Der einzelne kann niemals seine Ansprüche in dem Maße erfolgreich verteidigen, als es die organisierte Masse zu tun imstande ist. Schon aus diesem Grunde sollte ein Austritt aus dem Berufsverband das Letzte sein, zu dem sich ein klassenbewußter Prolet entschließt.

Aber nicht nur materielle Erwägungen, sondern mehr noch die idealen Ziele der modernen Arbeiterbewegung sollten jeden Organisierten davon bewahren, die Sache der Arbeiterenschaft in dieser Notzeit zu verlassen. Wer seine Gewerkschaft aufgibt, isoliert sich von seinen schaffenden Vätern und Schwestern. Er dokumentiert damit ganz offensichtlich, daß ihr Streben und ihre Anschauungen sich nicht mehr mit den seinen decken, und zerrißt so das Band solidarischer Verbundenheit mit seinen Klassengenossen. Er stempelt sich zum Fahnenflüchtigen, zum Drücker, zum Verräter an der Freiheitsbewegung des Proletariats! Er setzt sich dem Gespött und der Verachtung der Treuen, Zielbewußten aus und bleibt für immer von ihrer geistigen Gemeinschaft ausgeschlossen. Und mit vollem Recht! Wer in Zeiten der Gefahr die Reihen des kämpfenden Proletariats verläßt, wer aus kleintlichen egoistischen Motiven heraus gegen das Grundprinzip der fortschrittlich gestimmten Arbeiterenschaft, gegen die Solidarität, verstößt, befundet hinlänglich, daß Treue und Opfermut nicht seine Sache sind. Ohne diese beiden Eigenschaften jedoch kann unser Kampf niemals erfolgreich geführt werden. Sieeg.



# HAUS UND LEBEN

## Die undeutsche Hitlerei.

„In dem Maße, in welchem ein Mann seine Person über die Ideen und Ziele, welchen er dient, hinaushebt, in demselben Maße verliert der Deutsche die Anbacht zu ihm. Auf Heroenkultus sind wir nicht eingerichtet. Wir sehen Götterdienst in ihm und werden dem Heros gegenüber aus Gerechtheit uns zumühen, jenen anzubeten.“

So sprach ein Deutscher, den gerade der Gegner als Kenner deutscher Wesens anerkennt, Paul de Lagarde.

Es ist undeutsch, wie dieser Deutsche es bekundet, eine Person in Götterdienst zu verehren. Wer so verehrt, dem fehlt die Anbacht, wie sie sein muß und wie sie sein kann nur in der Verehrung einer Idee.

Es ist eine Verfallserscheinung deutschen Wesens, in slavischer Untermüßigkeit zu einem „Führer“ zu schauen, der Diktator ist. Das ist ein Hohm auf die eigene Würde. Das ist eine Verzerrung des wahrhaft Großen, eben der Idee.

Wer einer Idee dient, der bekennet sich allein zum demokratischen Gedanken. Noch nie war eine große Idee in der Geschichte siegend durch einen einzelnen. Im demokratischen Gedanken wird die Idee allein zur sieghaften Wirklichkeit. Nur aus der Größe eines Mannes kann sie triumphieren. Und wer darum von der Größe dieses Gedankens entmenscht ist, der muß notwendig auch demokratisch sein.

Der einzelne mag wohl lehren und künden, aber siegen kann eine Idee nur durch demokratischen Geist. Idee und Demokratie gehören zusammen. Darin liegt der Geschichte schaffende Wert der Menschheit begründet. Der demokratische Geist zwingt zum Glauben an nur eines: das Volk. Nur aus dem Volk heraus können Ideen zur Wirklichkeit werden, und nur das Volk ist darum Träger einer Idee und eines Geistes Führer.

Die Diktatur ist südliches, fremdes Gebilde. Byzantinismus ist römischer Ursprungs. Diktatur ist fremde Cäsarenart.

Es ist nicht zufällig, daß schon der altgermanische Staat auf demokratischer Grundlage beruht. Ein Volk, das zu faustlichem Wahrheitsglauben geboren ist, hat auch von Urbeginn an sich das demokratische Gefühl. Nur mit ihm vereint wird Geist zu Leben, wird Geist zu Tat.

Tiefe Liebe zu einer Idee wird nur durch demokratisches Fühlen geläutert. Große Liebe zu einer Idee erzwingt notwendig tiefe Liebe zum demokratischen Volk.

## Macht es das Gehalt?

Viele Verzweifelte glauben an den Sozialismus, suchen ihn aber nicht bei uns. Den Nationalsozialismus nennen sie sozialistisch, obwohl er die sozialistische Gemeinschaftsmoral ablehnt.

Diese Welt der Wirtschaftsgemeinschaft, die wir erstreben, wird vom Nationalsozialismus gar als unmöglich bezeichnet. Man spricht sich allerdings gegen Trusts und Syndikate aus (von denen man sich aber zugleich finanzieren läßt!), doch das Unternehmertum muß sich, so meint man drüben, völlig frei entfalten können. Sonst schwindet „das Erfindertische und Produktive“ des Unternehmertums. Die Durchführung der Wirtschaftsgemeinschaft bedeute „den Tod jedes schöpferischen Unternehmertums“. So spricht es Alfred Rosenberg, der „Führer“, in seinen Erläuterungen zum Nazi-Programm aus. Im gleichen Sinne schreibt auch Gottfried Feder in seinen Ausführungen zum Nazi-Programm, der noch vor wenigen Wochen erklärte, daß der Nationalsozialismus „im Bereiche der Produktion alle Sozialisierungsversuche abtöte“.

Die Aufgabe des Nationalsozialismus ist es also, die brutale, uralte Art des kapitalistischen Unternehmertums zu erhalten, und jeder Arbeitenden, der nur eine Spur von Glauben an Menschheit, Menschengeist und Menschenwürde in sich hat, steht darum zum gewerkschaftlichen Gedanken der wirtschaftlichen Wardsung.

Welch eine fittliche tiefstehende Auffassung bei diesen sogenannten fittlichen Erneuerern Deutschlands, wie sie sich nennen.

## Schmaroher.

Sie sind in allen Betrieben zu finden. Oft arbeiten sie an bevorzugter Stelle, denn als werben Inbrenner sind sie bei der Betriebsleitung sehr beliebt. Gute Anordnungen überfließen den Geschöpfen, dann fühlen sie sich schon zurückgesetzt, wenn sie nicht mit dabei sind. Ihr ganzes Sinnen und Trachten ist darauf gerichtet, in hoher Gunst bei den Vorgesetzten zu stehen. Daß diese Gunst nicht mit Qualitätsarbeit erworben wird, ist fast selbstverständlich. Könnten sie sich durch Geschicklichkeit in ihrer Arbeit bemerkbar machen, dann brauchen sie nicht zu schmarnochen. So aber wird nur der tüchtige Arbeiter gemittelt, wenn der Steiger kommt. Dann richtet der Schmaroher, als müßte er alles allein machen. Aber nur so lange, wie er sich beobachtet fühlt. Nachher drückt er sich wieder auf Kosten seiner Kumpels, wo er nur kann. Es ist darum nicht verwunderlich, daß sich kein aufrechter Arbeiter mit ihm vertragen kann. Kein gewissenhafter Kumpel hält es lange bei ihm aus; entweder er wird ausgeschmarocht, weil er die Klugheit nicht nicht erweist, oder er verträgt sich mit ihm und dann gehen sie auch auseinander. Kein ehrlicher Arbeiter ist auf den Schmaroher gut zu sprechen. Wo er ihm etwas ans Zeug flücht dann, da hält er sich dann schuldig. Schon manchen Streik hat der Schmaroher über sich ergehen lassen, aber er ist schwer zu erziehen. Auch schon eine Portion ungebrannter Lege hat er bezogen, doch er schüttelte ab wie ein begoffener Judeh das Wasser und trottel, nur an sein eigenes Ich denkend, seinen alten Gang weiter.

Steiger hinten und Steiger vorn! Jedes Wort des Beamten wird kritisch hingehört. Selbst in wirtschaftlichen und politischen Fragen ist die Meinung des Vorgesetzten ausschlaggebend. Die Beamten müssen es ja wissen, denn sie haben die Bergschule besucht, wo sie rechnen und schreiben lernten. Nach Meinung des Schmaroherers befähigt sie dieser Unterricht auch zu Urteilen in volkswirtschaftlichen Fragen. Daß gerade die Beamten, auf Grund ihrer wirtschaftlichen Besserstellung, politisch viel weniger orientiert sind als der Arbeiter, so weit kann er nicht denken. Meistens ist er im Berufs- und Kriegerverein organisiert, womit er seine politische Einstellung kundgibt.

„Jawohl, Steiger!“

„Wenn Sie ein paar frische Eier brauchen — meine Hühner legen gut!“

daß Menschen nur bei Aussicht auf großen Profit ihre schöpferischen Kräfte zu entfalten bereit seien! Man wird aber die heutigen Wirtschafts-„Köpfe“ drüben kennen. Andere wirkliche Köpfe stehen heute leider abseits.

Was ist alles von Menschen schon geleistet worden an schöpferischer Opferfreudigkeit! Wie haben künstliche Revolutionäre für einen Gedanken gekämpft! Wie haben künstliche Revolutionäre für einen Gedanken gekämpft! Wie haben künstliche Revolutionäre für einen Gedanken gekämpft! Ja, wie hat die ganze große Masse des Volkes erst in neuerer Zeit lieber Ernährungen gebildet, als er reichen zu lassen, daß die Partei der Knechtschaft die Macht im Reich bekam!

Das sind Menschen! So sind die Menschen! Die Menschen, für deren Art und Wesen diese „fittlichen Erneuerer“ kein Verständnis haben.

Diese heutigen Wirtschafts-„Führer“ tun es nicht unter 200-, 300-, 500-, 600 000 Mark Gehalt und mehr im Jahr! Dann mögen sie abtreten! Köpfe warten darauf, statt ihrer etwas zu leisten!

In Jena ist das Zeiß-Werk, das weithin bekannte optische Werk, das größte optische Werk der Welt. Ein Werk, das eine „Stiftung“ darstellt, sich selbst gehört, allen Arbeitern und allen Angestellten und das darum kein kapitalistisches Unternehmen ist. Und die Männer an der Spitze dieses Werkes unternehmen von hoher wirtschaftlicher und höchster wissenschaftlicher Bedeutung, beziehen jährlich 20 000 M. Den zehnten, zwanzigsten, dreißigsten Teil dessen, das ihre kapitalistischen Kollegen bekommen.

Das Gehalt macht es nicht! Stellt die Wirtschaft nur einmal auf einen neuen sozialistischen Boden! Und die Köpfe sind da und mit Freude dabei und das „Schöpfertum“ ist großartiger und erfolgreicher denn jemals.

Dr. Gustav Hoffmann.

## Die Masse und die Berühmten.

Man ist ungeheuer um die Zukunft der menschlichen Kultur besorgt, aber nicht etwa in der Weise, daß man die Verkümmertes von mancher Begabung in den unteren Schichten des Volkes bedauert. Das kommt weniger in Betracht. Die ganze Sorge richtet sich auf die „Träger der Kultur“, die in jener anderen Schicht durchsichtbar sind. Von den Intellektuellen, die ja durchsichtbar aus bescheidenen Kreisen stammen, von ihnen hängt, wie sie meinen, die Kultur der Zukunft ab. Und so besorgt ist man darum um den Nachwuchs der Intellektuellen. Aber in Wahrheit hat die Kultur andere Quellen ihres Schöpfertums.

Da hat man jetzt in England 200 hervorragende Männer der Wissenschaft und Kunst, die in der Zeit von 1500 bis 1800 gelebt haben, auf ihre Kinderzahl hin untersucht und dabei gefunden, daß die Zahl ihrer Kinder weit geringer gewesen ist als die Kinderzahl in der Bevölkerung im allgemeinen.

Und das soll uns in Aufregung um die neue Kultur versetzen? Besagt das nicht eigentlich genau das Gegenteil? Trotz dieser Kinderarmut der Geistreichen haben wir heute großartige wissenschaftliche Leistungen, wie sie früher einfach undenkbar gewesen sind, kennen wir den Kosmos, wie keine Zeit je ihn kannte, und das kleinste Leben der Zellen und die allerfeinste Welt der Atome, können wir im Rundfunk, in Amerika hören und Bilder über den Ozean telegraphieren, fliegen wir Tausende von Meter hoch in die Luft, bis in die Stratosphäre hinein, und keiner von uns zweifelt an neuen wissenschaftlich-technischen Lehrratsmannern trotz der geringen Kinderzahl bei diesen berühmten Männern.

Die geistige Kultur muß doch wohl andere Quellen haben. Vielleicht ist es doch so, wie wir behaupten, daß immer von unten auf, aus dem unverbrauchten Born des Volkes neue Kultur steigt.

Man sollte sein Interesse mehr dem sozialen Leben der unteren Schichten des Volkes zuwenden, damit dieser ewige Born kulturellen Schaffens erhalten bleibt und das Beste spendet.

Kultur hat ihre Wurzeln nur im Sozialen.

„Oder darf ich Ihnen eine Wurst mitbringen — wir haben morgen Schlachttiere!“

„Ihren Namen kann ich erst nächste Woche umgraben, diese Woche muß ich den Obersteiger sein Land bearbeiten.“

„Und dann noch: mit dem Hauer Schulte ist kein Zusammenarbeiten. Bei jeder Gelegenheit redet der bloß von seinem Verband. Seinen Lehrhauer hat er auch schon so weit getrieben, daß er sich organisieren ließ.“

Der Steiger kann fragen, was er will, über alles bekommt er von solchen erbärmlichen Charakteren Auskunft. Im stillen denken sich ja die Beamten auch ihr Teil über solche Subjekte, da aber unsere kapitalistische Betriebsführung solche Schmaroher braucht, werden sie von der Leitung gern gesehen und mit Wohlwollen behandelt.

Wie anders ist der Schmaroher im Umgang mit seinen Kameraden! Anmaßend und rechthaberisch ist er in der Unterhaltung. Weil er bei der Leitung gut angeschrieben ist, glaubt er einen starken Rückhalt für seine Reden zu haben. Natürlich weiß er alles besser, er versteht ja auch nur mit den „Besseren“. Ist es ein Wunder, daß von den meisten Kameraden der Schmaroher gemieden wird? Mit Menschen, die in überheblicher Weise die schwierigsten Fragen spielend leicht mit ihrer Dummheit lösen, hat man nicht gerne was zu tun. Er ist einer von denen, von dem die Arbeiter sagen: „Vor dem muß man sich in acht nehmen!“ Nach der Schicht sieht man ihn oft auf der Steigerstraße. In Arbeitsangelegenheiten kann er dort unmöglich soviel zu reden haben. Also was tut er da? Er schmarnocht! Erzählt von dem „widerwärtigen“ Lehrhauer; von dem „radikalen“ Freidenker Bepder; von dem Schachthauer, der gestern wieder „besoffen“ war; von dem Bremser, auf den er eine „Wut“ hatte, weil er ihn nicht befördern wollte; alle privaten und persönlichen Angelegenheiten seiner Kameraden werden in gemeinsamer Weise den Vorgesetzten mitgeteilt. Nachher wundert man sich — oder wundert sich nicht mehr —, daß die Werksleitung über alles orientiert ist.

## Gibt es Unsterblichkeit?

Wir sind es gewohnt, wissenschaftliche und technische Ueberreichungen zu erleben. Von der großen Revolutionierung unserer Zeit, wie sie in dieser allgemeinen und umfassenden Art noch nie gewesen ist, bleibt kein Gebiet des Lebens verschont. Aber daß unsere Zeit selbst an dem Begriff „Leben“ rüttelt, nimmt doch wunder.

Bisher nahm man an, daß alles Leben auf Erden sterblich ist. Nun hat sich die Wissenschaft auch über diese Annahme der Jahrhunderte und Jahrtausende hinweggesetzt, und zwar nicht mit Vermutungen und Behauptungen, sondern mit Beweisen. Man kann Lebendiges heute auf unbeschränkte Zeit am Leben erhalten. Allerdings nicht einen vollständigen Organismus. Das gerade nicht. Aber Zellen eines Organismus. Es ist der Wissenschaft bereits gelungen, Zellen eines Tieres dreimal so lange am Leben zu erhalten, wie das Tier als Gesamtorganismus lebt, und man ist der Ansicht, daß man dieses Leben auf unbeschränkte Zeit erhalten kann.

Ja, nicht nur das. Diese Zellen, die einem Tiere entnommen und gesondert unter günstiger Ernährung und Temperatur gehalten werden, zeigen sogar eine Verjüngung. Sie vermehren sich, was in dem Alterszustande des Tieres bei diesen Zellen nicht mehr der Fall gewesen wäre.

Ein interessanter Versuch, wenn er auch ohne praktische Bedeutung für uns ist, denn um Bedeutung für uns wäre ja nur die Erhaltung eines Gesamtorganismus. Und doch ein recht lehrreicher und bedeutsamer Versuch.

Gewiß, die Zelle stirbt im Organismus wegen der „ihre dort besonders ungünstigen Lebensbedingungen“ ab. Aber warum sind sie ihr ungünstig? Weil auch andere Zellen, auch Nachbarzellen da sind und weil sich die Zellen gegenseitig fürden und schädigen, wie es im Interesse des Gesamtorganismus ist.

Das gesamte Lebewesen ist das Wesentliche und das Bestimmende. Einzelne Zellen haben an sich die Möglichkeit, sich auf ewig zu erhalten. Aber es ist ihre Aufgabe, dem gesamten Leben zu dienen und untergehen, wenn es das Gesamtleben verlangt.

Einzuzufügen hat sich jedes einzelne Lebewesen einem Ganzen. Das Ganze ist der Sinn des Lebens, nicht das Einzelne. Und darum ist auch eine Ethik im Zusammenleben nur möglich, wenn sie über alles die Pflicht zur Gemeinschaft stellt. Und auch Neugestaltung und Fortentwicklung des Zusammenlebens können darum nur werden, wenn jeder einzelne der Idee des Lebens dient und sich einfügt in eine Kampfgemeinschaft.

## Paragrafen zerklünnen Lebensglück.

Ueber das Schicksal ungemollter Schwangerchaften in der Ehe bringt Professor Fettscher eine sehr wertvolle Arbeit in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“. Das Material entstammt seiner Ehe- und Sexualberatungsfeste, in der die Beratenden diese Aussagen machten, was im Sinne dieses wichtigen Problems von großer Bedeutung ist.

Von 61 Schwangerchaften, die trotz der Benutzung von Verhütungsmitteln zustande gekommen waren, endeten hiernach 23 mit Abort. Hierzu kommt dann natürlich die Zahl der Aborten, bei denen Verhütungsmittel nicht benutzt wurden.

Aber diese Aborten sind — und das ist leider so beachtenswert — nicht spurlos an den Frauen vorübergegangen, wie Fettscher schreibt. Viele klagen über Menstruationsstörungen, Rückenschmerzen und dergleichen. Andere bedürften wegen entzündlicher Prozesse einer ärztlichen Behandlung. Andere Frauen wieder konnten sich später Kinderwunsch nicht befriedigen weil ein früherer Eingriff die Empfängnisfähigkeit der Frau zerstört hatte.

Damit birgt der furchtbare und noch so umstrittene Paragraf viel Elend und viel zerstörtes Lebensglück in sich, mehr als vielleicht auch die Fachwelt glaubt. Und es ist ein Verdienst von Professor Fettscher, einmal in dieser Weise hineingeleuchtet zu haben in verborgene Tiefen des Lebens.

Verband kommt natürlich nicht in Frage.

„Ich helfe mir selber“, pflegt er in seinem lächerlichen Dünkel zu sagen.

„Im Werkverein bekommen meine Kinder zu Weihnachten wenigstens ein Geschenk — und was kriegt ich vom Verband? Nein, da bleibe ich lieber in unserem Werkverein, da wird keine Politik getrieben. Wir haben da unsere Abende, wo es — infolge des Freibiers — immer ganz gemütlich ist und dann sind auch wir bestrebt, die Lage der Arbeiter zu verbessern. Erst vorige Woche hielt uns der Obersteiger einen Vortrag, wie alles hätte besser sein können, wenn der „alle Verband“ nicht so aufhebend wirken würde. Die Gewerkschaften sind nur schuld an unserem Elend. Würden wir die Herren allein regieren lassen, dann bekämen wir auch wieder die Zustände der Vorkriegszeit.“ Und dann fängt der Schmaroher in selbstbewusster Art zu erzählen an, daß er auch schon organisiert gewesen sei, 1920, jedes Monate lang. „Sie haben uns verraten und verkauft“, sagt er, „damum ging ich heraus.“ In Wirklichkeit drängte er sich nach dem Kassier zu hetzen, um nebenbei noch ein paar Pfennige zu verdienen. Da solche Vertrauensposten nur an langjährige erprobte Kameraden vergeben werden, kam er natürlich für diese Stelle nicht in Frage. Seine egoistische Kalkulation war verfehlt, also: Naus aus dem Verband! Die Selbstsucht sah hier nicht genügend Vorteile, Charakter und Fortschrittsidee sind ihm fremd. Für einen augenblicklichen kleinen Gewinn kann man jede Meinung von ihm haben. Um sich eine gute Nummer zu verschaffen, verrät er täglich seine Klassenossen. Das hindert ihn aber nicht, tüchtig auf den Verband zu schimpfen.

Solche widerwärtigen Charaktere werden wir so lange haben wie solche kapitalistische Systeme bestehen. Ja, der Kapitalismus begünstigt förmlich solche Arbeiter. Der dumme, unterwürfige und gleichgültige Arbeiter ist der Idealtyp unserer kapitalistischen Arbeiter haben sich verrechnet! Das organisierte Heer aufgefällter Arbeiter keinen Rückgang in der Geschichte. Der Fortschritt gehört dem Sozialismus, der Enteignung des Privat-eigentums an den Produktionsmitteln, der Aufhebung der Klassengesetzgebung durch eine gerechte Verteilung der Produktion. Durch nichts lassen wir uns auf diesem Marsch aufhalten. Unsere organisierte Macht treibt das Rad der Geschichte vorwärts. Wir sind die Wegbereiter einer besseren Zeit, trotz der Lauen und Schmaroher!

25. Woche

Kameraden, sorgt im Interesse eurer Organisation für pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags für die Zeit vom 12. Juni bis 18. Juni 1932



# Der faschistischen Adelsregierung ins Stammbuch.

Die von der Hitlerbewegung in den Sattel gehobene neue Herrenregierung, die sich nur aus Baronen, Freiherrn, Grafen und Generaldirektoren zusammensetzt, hat angeordnet, daß sie mit dem System aufräumen will, nach dem bis jetzt der Staat zu einer Wohlfahrtsanstalt gemacht worden sei. Das soll heißen, daß bisher für die Vinderung von Not und Elend, für die Unterstützung von Bedürftigen, Hungernden und Arbeitslosen, viel zu viel vom Staate aufgewendet worden sei. Die Unterstützungs- und Fürsorge- sowie Wohlfahrts-einrichtungen sollen also sehr stark eingeschränkt werden. Das bedeutet für die Besitz- und Arbeitslosen Steigerung von Hunger und Elend. Dem Volke stehen diesbezüglich furchtbare Zeiten bevor, denn das Elend von heute ist kaum überbietbar. Sehr belehrend dürften hierfür Ausführungen von Dr. Julius Moses im „Vorwärts“ sein, der unter anderem folgendes schreibt:

„Aus einem Bericht des preussischen Ministerialrats Dr. Koenig ergibt sich, daß in Preußen bei den Säuglingen und Kleinkindern seit dem Herbst 1931 eine Zunahme von Blutarmut, Skrofulose, Rachitis, Hautkrankheiten, Krätze und Nervosität zu beobachten ist. In zahlreichen Kreisen hat der Ernährungszustand der Kinder merkbar abgenommen. Die Fälle, daß Kinder ohne Frühstück in die Schule kommen, werden in steigendem Maße registriert. Die Wäsche und die Bekleidung der Kinder sind wieder sehr mangelhaft geworden. Groß ist der Mangel an Betten und Bettwäsche. 40 Prozent der Volksschüler besitzen kein eigenes Bett, sondern müssen zu zweit und zu dritt zusammenschlafen u. a. m.“

### Kinder hungern! ... Das ist Krieg!

Der Hunger der Massen ist der Beweis dafür, daß wir noch immer in schlimmer Kriegszeit leben. Unser österreichisches Bruderblatt, die „Wiener Arbeiter-Zeitung“, veröffentlicht eben einen alarmierenden Bericht aus den österreichischen Industriezentren, wo die Stilllegung der großen Eisenbetriebe eine furchtbare Arbeitslosigkeit hervorgerufen hat. Nerzke haben den Gesundheitszustand der Arbeitslosen untersucht und etwas festgestellt, was wichtiger als alle Budgetziffern, ernstlicher als jede Wirtschaftsstatistik ist:

Die Nahrung selbst derjenigen Arbeitslosen, die noch die Notstandshilfe beziehen, enthält um mindestens ein Drittel Kalorien weniger, als zur Erhaltung des menschlichen Körpers notwendig ist.

Eine Nahrung ohne Fleisch, ohne Frischgemüse, frei von den für den menschlichen Körper unentbehrlichen Vitaminen! Die Tuberkulose steigt bedrohlich an! Fast alle Kinder der Arbeitslosen sind rachitisch. Vierzigjährige Frauen, Mütter von kleinen Kindern, sehen wie Greisinnen aus. Das allerschlimmste steht noch bevor: wenn nicht ganz schnell Hilfe gebracht wird, so wird binnen wenigen Monaten in den österreichischen Arbeitslosenorten der Skorbut wüten, die furchtbare Krankheit, die wir in der Kriegszeit in den Kriegsgefangenenlagern gekannt haben. Der Hungerstorkobut steht vor der Tür! Wenn einmal nicht mehr die letzte Hilfe, jene der Gemeinden, möglich sein wird, dann kommt tödlicher der Skorbut, die Hungerkrankheit, das langsame Verhungern! Die Bevölkerung erarmt sich fast mit Sehnsucht der Nachkriegsjahre mit der Nahrungshilfe des Auslandes!

Steht es in unseren Hungerbezirken, in den Arbeitslosen-gebieten im Erz- und Riesengebirge, in Schlesien, im Ruhrgebiet, in Berlin, anders? Auch hier Hunger, Hunger und wieder Hunger! Auch hier Verzweiflung bis zur Erschöpfung, volksgefährliche Rückschläge, Not und feilsche Depression! Was aber wird getan, um dieser Verzweiflungssituation Herr zu werden? Es wird Polizei aufgebotsen, es werden die Gerichte in Bewegung gesetzt. Und schließlich: über dieses erschöpfte, verhungerte, psychisch und seelisch niederbrechende Arbeitslosenheer, das das ganze Volk durchseht, wird, gestützt auf die Hitlerbewegung, eine Regierung gesetzt, die aus Generalen, ostebischen Junkern und Interessenvertretern der Schwerindustrie besteht. In der Zeit des Hungers der Arbeiterschaft wird eine Regierung gebildet, in der nicht ein einziger Arbeitervertreter vorhanden ist. Und die unverhüllte Absicht geht dahin, auch in den Ländern das Junker- und Militärregime durchzusetzen.

Das Volk hungert! Eine Regierung aber wird von Gnaden Adolf Hitlers gebildet, die die Interessen eines winzigen Bruchteils der Bevölkerung, der zahlenmäßig sich kaum errechnen läßt, allein vertritt.

Weil einige Großgrundbesitzer sich dagegen wehrten, daß ihre bankrotteten, schlecht bewirtschafteten und zum Zusammenbruch verurteilten Güter für soziale Siedlungszwecke aufgeteilt werden sollten, mußte das Kabinett Brüning gehen.

Wie es heute in Deutschland sieht, das hat der frühere Reichskanzler Brüning in seiner Rede am 28. Mai d. J. gesagt: „Auch die Beschaffung von Ernährung und Bekleidung beginnt in Deutschland in ein bedrohliches Stadium zu treten.“ Die Konsequenz, die aus dieser furchterlichen Erkenntnis gezogen wurde, war diese reaktionäre Kabinettsumbildung, um die ostelbischen Junker zu sanieren! Das Volk hungert! Aber wichtiger war das Streben, die „nationalen Kräfte“, die durch Militär, Agrarier und Schwerindustrie repräsentiert werden, in den Sattel zu bringen.

Das neue Kabinett des Naziadels mit seinen agrarischen, militärischen und industriellen Interessen, Prototyp der Adels- und Militärherrschaft, soll Verständnis für den Hunger der Massen aufbringen?

Die Diktatur des Großgrundbesitzes bedeutet Diktatur des Hungers, Diktatur der Rachitis, Diktatur der Tuberkulose, Diktatur der Prostitution und Diktatur der Selbstmorde!

Sorgen wir dafür, daß durch die kommenden Reichstagswahlen diese furchtbaren Gefahren für das ganze deutsche Proletariat abgewendet werden! Nur der Sieg der sozialen Demokratie kann dem deutschen Volke seelische und psychische Gesundung bringen.

Kameraden, sorgt für Aufklärung der Naziwähler, geht von Haus zu Haus, denn eure Zukunft steht auf dem Spiel!



## Nazi-Proleten, aufgepaßt! Wen ihr in euren „Führern“ lütert.

Dem „Sächsischen Volksblatt“ schreibt ein Zwickauer SA-Mann, dem die Korruptionswirtschaft und Adelsnachläuferei der Nazi-Partei zu dumme wurde, „aus proletarischem Mitempfinden und zur Warnung für die geführten Naziwähler“ u. a.:

Als Ergänzung Ihres Artikels „Arbeiter- oder Adelspartei“ möchte ich Sie aufmerksam machen, daß führende Stellen in dieser nationalsozialistischen „Arbeiterpartei“ folgende Personen einnehmen:

- Prinz August Wilhelm
- Graf von Helldorf
- Graf zu Reventlow
- Graf Schwerin (Schwerin)
- Freiherr von Elz-Rübenach
- Freiherr von Gregory
- Freiherr von Kanne
- Freiherr von Wangenheim
- Freiherr von Reibnitz
- Freiherr von Buttlar
- Baron Geiss von Geislingen
- Ritter von Epp
- von Eismann
- von Heindorf
- von Wedel-Parlow
- von Woytsch
- von Schönfels
- von der Marwitz
- von Corstwandt
- von der Goltz
- von der Anejedeb
- von Vietinghoff
- von Sybel
- von Ulrich
- von Kalben
- von Renteln
- von Mengershausen
- von Kiffinger.

Diese Liste ist nicht vollständig, sondern nur ein kleiner Auszug derjenigen Personen, welche führende Posten in der nationalsozialistischen „Arbeiterpartei“ innehaben!

Sie berechtigt aber, in Verbindung mit der nationalfaschistischen Adelsregierung, die ja jetzt auch ein Teil der faschistischen Bewegung geworden ist, zu dem Vorschlag, die jetzt wieder auftauchenden uniformierten Hitlerjungen

### „Schutzstaffel des Adels“ (SA.)

zu benennen, womit ihre eigentliche Rolle deutlicher erkennbar gemacht wäre.

## Kameraden!

Vom 19. bis 26. Juni ist **Werbezeit** angelegt.

## Es gilt, den Erwerbslosen

klarzumachen, daß sie zu uns gehören.

## Helft alle mit,

unser Front zu stärken!

## Aus dem Ruhrrevier.

### Rote Betriebsräte schmüden sich mit fremden Federn.

Die „Niederrheinische Arbeiter-Zeitung“ bringt in ihrer Nummer vom 30. Mai d. J. einen Artikel mit folgender Ueberschrift: „Nazi Thuggen muß 40 000 M. zahlen.“ „Ein Erfolg der roten Betriebsräte!“

Wie war das in Wirklichkeit?

Die Vereinigten Stahlwerke hatten den Belegschaftsmitgliedern schon vor Jahren den Ueberstundenzuschlag gemäß § 3, 3 des Manteltarifs verweigert. Dieserhalb wurde schon im März 1930 vom Arbeitersekretariat des Bergbauindustriearbeiterverbandes in Hamborn in Sachen des Bergmann Ludwig Walz das Arbeitsgericht Hamborn angerufen. Am 8. April 1930 wurden die Stahlwerke verurteilt, den Ueberstundenzuschlag zu zahlen.

Wir lassen dieserhalb einige Ausführungen des Urteils in Sachen Walz vom 8. April 1930 folgen:

„Die Beklagte wird kostenpflichtig verurteilt, an den Kläger 1,33 M. (eine Mark und 33 Pf.) zu zahlen.“

Entscheidungsgründe: Der § 3, 3 des Bergbau-tarifvertrages lautet: „Für die Ueber- und Nebenschichten an Werktagen, welche über die Zahl der Arbeitstage im Monat hinaus verfahren werden, wird ein Lohnzuschlag von 25 Prozent gewährt.“

Die Vereinigten Stahlwerke hatten gegen dieses Urteil keine Berufung eingelegt, weil sie selbst der Auffassung waren, daß die Befugung dem Arbeiter Walz zu Unrecht eingehalten waren. Auch späterhin wurden vom Arbeitersekretariat Hamborn mehrere Klagen in derselben Angelegenheit angestrengt, die jedoch von der Verwaltung schon vor dem Stattfinden des Termins zugunsten der Kläger erledigt wurden. Im Anfang dieses Jahres wurden abermals vom Bergbauindustriearbeiterverband mehrere Klagen angestrengt, wo nochmals die Beträge vor dem Termin gezahlt wurden.

Nachdem nun die Geschäftsstelle des Bergbauindustriearbeiterverbandes den Vereinigten Stahlwerken mit einer großen Anzahl von Klagen drohte, erklärte die letztere sich bereit, auch ohne Klagen zu zahlen, welches inzwischen auch in einer großen Zahl von Fällen geschehen ist.

Doch jetzt zu dem angebliehen Erfolg der „roten“ Betriebsräte. Warum haben diese Ueberblicken bis im April d. J. mit einer Klage gewartet? Doch nur aus dem einfachen Grunde, weil sie von dem Manteltarif der Bergarbeiter nichts verstehen. Nachdem nun der Bergbauindustriearbeiterverband eine Reihe von Klagen durchgeführt hatte, wollten die roten Betriebsräte den Erfolg für sich buchen!

In der Belegschaftsversammlung wurden dann die Kameraden aufgefordert, von ihrem Recht Gebrauch zu machen. Eine Reihe Kameraden anderer Organisationen gaben ebenfalls ihre Lohnforten auf dem Betriebsratszimmer ab und so erhielten auch diese ihre ihnen zustehenden Beträge. An den nächstfolgenden Tagen wurden dann 2600 Lohnforten zwecks Anmeldeung ihrer Ansprüche beim Betriebsobmann abgegeben. Nachdem nun der Betriebsobmann mit der Verwaltung verhandelt hatte, erklärte sich die Verwaltung bereit, wohl ab 1. Januar d. J. die Zuschläge für alle zu zahlen, jedoch nicht für die zurückliegende Zeit für 1930 und 1931. Sodann ging der Betriebsrat dazu über, und gab den Belegschaftsmitgliedern ihre Karten zurück, damit sie selbst gerichtlich vorgehen konnten. Alle Organisationen, an letzter Stelle die R.G.D., reichten eine Klage ein, worauf die Kameraden ebenfalls ihr Geld erhielten.

So ist der wahre Sachverhalt, mit dem „Erfolg“ der „roten“ Betriebsräte. Selbst das „rote“ Betriebsratsmitglied Wolf erklärte den Inhalt der „Niederrheinischen Arbeiter-Zeitung“ für unmaß und muß zugeben, daß nicht die R.G.D., sondern der Bergbauindustriearbeiterverband schon seit Jahren auf dem Klagenwege die Forderungen durchgeführt hatte.

Also lieber Songa, immer ehrlich bleiben, und sich nicht mit fremden Federn schmüden!

### Das Selbstmordglück auf Dorfsteil.

Zu dem Unglück haben wir richtigstellend noch nachzutragen. daß die Reparatur an dem Zwischengeschirr nicht der Maschinensteiger, sondern der Schachsteiger vornahm. Dieser hat dann dem Maschinensteiger die Beschaffenheit des Zwischengeschirrs gemeldet.

## Aus dem Bezirk Köln.

### Neuer Rahmentarif im Kölner Braunkohlenrevier.

Am 5. Juni tagte im Kölner Volkshaus eine gemeinsame Konferenz der Betriebsräte, Vertrauensleute und Knappschaftsältesten, um Stellung zu nehmen zu dem in freier Vereinbarung abgeschlossenen Rahmentarif. Den Bericht über die Verhandlungen gab Kamerad Simon. Da von beiden Seiten die verschiedensten Abänderungsvorschläge gemacht waren, war es erst nach langwierigen Verhandlungen möglich, eine Einigung zu erzielen. Die am stärksten umstrittenen Fragen waren Urlaub, Feiertage und Depuatahlohen für Invaliden.

Nach der neuen Vereinbarung fällt vom Urlaub für die Arbeiter mit einer Tätigkeit von zwei bis fünfzehn Jahren ein Tag fort; für die Arbeiter mit einer 25jährigen Tätigkeit bleibt der Urlaubanspruch von neun Tagen jedoch erhalten. Weiter erhalten die Arbeiter unter Lage nach 20jähriger Tätigkeit neun und nach 25jähriger Tätigkeit zehn Tage Urlaub.

Bei den Feiertagen hatten die Unternehmer beantragt, daß im Tarifvertrag eine Bestimmung aufgenommen werden soll, nach welcher alle Ueberstunden und Ueberstunden, die an Tagen verfahren werden, an denen der Betrieb steht, abgefeiert werden können. Da sich auf eine solche Vereinbarung die Gewerkschaften nicht einlassen konnten, wurde vereinbart, daß dieses nur für solche Ueberstunden und Schichten gelten kann, die über die wöchentliche Arbeitszeit von 40 Stunden hinausgeht. Diese Bestimmung gilt aber nur für Reparaturen und Wachschichten an Werktagen; die an Sonn- oder Feiertagen verfahrenen Schichten bleiben dabei unberücksichtigt.

In der Depuatahlohenfrage hatten die Unternehmer die Forderung aufgestellt, daß Invaliden nur von ihren früheren Werten Depuata erhalten, solange dasselbe Brutto herstellt. Wäre dieser Forderung der Arbeitgeber stattgegeben worden, so würde sich daraus ergeben haben, daß alle Invaliden, die auf Werken beschäftigt waren, die jetzt keine Brutto mehr herstellen, wie es solche Werke schon gibt, ihres Anspruches auf ihre Depuata verlustig gegangen wären. Dieses konnte aber abgewehrt werden. Weiter wären auch darunter alle die Arbeiter gefallen, die auf den Ueberbetrieben beschäftigt sind, die nicht in der Regie der Briquetwerke stehen.

Schon im alten Rahmentarif war die Bestimmung enthalten, daß an den Tagen vor Ostern, Pfingsten und Weihnachten um 22 Uhr die Förderung und Briquetherstellung beendet werden soll. Nun gingen aber einige Gruben im Revier dazu über und ließen in der darauffolgenden Nacht ihre Reparaturarbeiten verrichten,



damit sie hierfür anstatt 50, nur 25 Proz. Zuschlag bezahlen mußten. Besonders unrichtig hat sich hierbei die Hubertus-AG. bemerkbar gemacht, die die Handwerker an solchen Tagen morgens feieren und dafür in der Nacht von diesen die Reparaturen machen ließ. Jetzt wurde die Bestimmung so gefaßt, daß nach 22 Uhr nur noch notwendige Förderarbeiten und dringende notwendige Reparaturen gemacht werden dürfen. Durch diese Bestimmung soll solchen unhaltbaren und auch dem Geist der vorhergehenden Bestimmung widersprechenden Zuständen abgeholfen werden.

Bei der Kopfzulage hatten die Arbeitgeber verlangt, daß nur für Kinder über 14 Jahre Kopfzulage gezahlt werden soll, wenn sie sich in Berufsausbildung befinden oder durch den Besuch einer „unter Staatsaufsicht stehenden“ Fach- oder Berufsschule keine berufliche Tätigkeit ausüben können. Hier wurde an die Stelle des Wortes „staatlicher“ das Wort „behördliche Aufsicht“ gesetzt. Weiter sollte auch keine Kopfzulage mehr für Kinder, Enkel und Eltern gezahlt werden, trotzdem der Arbeiter deren Hauptnährer ist, wenn sie irgendwelche Unterhaltungen, Renten oder Zuwendungen aus öffentlichen Mitteln erhalten. Hier wurde aber der Satz von 20 M. monatlich festgesetzt, der erreicht werden darf.

Der Antrag der Gewerkschaften, die Preise für die Deputationskosten heruntersetzen, ging nicht durch, jedoch will der Arbeitgeberverband sich dafür einsetzen, daß den Arbeitern einwandfreie Ware und nicht Schutz, wie dies auf vielen Werken geschieht, gegeben wird.

Hierauf ergriff der Bezirksleiter Jochmann das Wort, um in einem großzügig angelegten Referat einen Bericht zu geben über

„Die Lage der Reichstnappschafft und der Brühler Knappschafft.“ An Hand eines für sich selbst sprechenden Zahlenmaterials wies er nicht nur die katastrophale Lage der Reichstnappschafft nach, sondern auch, in welchen Schwierigkeiten sich das gesamte Gebäude der deutschen Sozialversicherung befindet. Auf die Verhältnisse der Brühler Knappschafft eingehend, sagte er, daß durch die Neuschaffung der Verzeugschäfte die Knappschafft stark entlastet worden sei. Durch die Vierte Notverordnung fielen in den einzelnen Bezirksknappschäften auch die Mehrleistungen fort. Da aber in der Brühler Knappschafft der in der Notverordnung vorgesehene Beitragsatz von 5 Proz. des Bruttolohnes nicht überschritten wird, hat der Vorstand und die Bezirksverwaltung den Beschluß gefaßt, diese Mehrleistungen wieder einzuführen. Ob es aber angesichts der allgemeinen Lage in der Knappschafft gelingt, hierzu die Zustimmung des Reichstnappschafftsvorstandes und der Aufsichtsbehörde zu bekommen, sei sehr zweifelhaft. Zwar steht die Krankenkasse der Brühler Knappschafft günstig, sie mußte jedoch an die Pensionsversicherung Ueberbrückungsfreidite geben, die schon den Betrag von 900 000 Mark übersteigen. Auch war eine starke Steigerung der Zahl der Invaliden zu verzeichnen. Folgende Zahlen illustrieren dieses recht deutlich. Es waren Invaliden vorhanden:

am 1. Januar 1924	489
am 1. Januar 1928	2694
am 1. Januar 1931	3753
am 1. Januar 1932	4072
am 1. April 1932	4131

Aus der Tatsache, daß in der Pensionsversicherung die Ausgaben die Einnahmen überstiegen, ergab sich die Notwendigkeit der Gewährung von Ueberbrückungsfreiditen. Angesichts dieser Tatsache sei es auch zweifelhaft, ob die Mehrleistungen wieder eingeführt würden.

Darauf sprach Kamerad Schmidt zu den Statutänderungen des Verbandes, nach denen es möglich ist, auch Erwerbslose, die früher im Bergbau beschäftigt waren, in den Verband aufzunehmen. Auch sollen die Jugendlichen, die gewillt sind, im Bergbau Unterkunft zu finden, von der Gewerkschaft erfasst werden. Schmidt ging von der gegenwärtigen wirtschaftlichen und

politischen Lage aus und betonte, daß alles daran gesetzt werden müsse, um die Gewerkschaft zu stärken, damit sie dem Ansturm der Arbeitgeber und deren Regierung tatkräftigen Widerstand entgegenzusetzen könnten. All die Menschen, denen durch die Wirtschaftskrise die Möglichkeit eines Erwerbs genommen worden sei, müßten herangezogen, geschult und zu Kämpfern für eine neue und bessere Gesellschaftsordnung erzogen werden. Mit dem Appell an die Funktionäre, in diesem Sinne weiter zu wirken, fand die gutverlaufene und von über 150 Funktionären besuchte Konferenz ihren Abschluß.

### Bezirk Hannover. Heinrich Köfemeier ist tot.

Am 4. Juni 1932 verchied nach schwerem Weiden, kurz vor seiner wohlverdienten Pensionierung, unser Freund und Kollege Heinrich Köfemeier im Alter von 56 Jahren. Er bekleidete bis kurz vor seinem Tode die Stelle eines Lokalangestellten für den Bezirk Schaumburg-Lippe.

Heinrich Köfemeier wurde am 31. August 1875 als Sohn eines Bergmanns geboren. Seine frühe Jugend verlief wie diejenige aller Bergmannskinder. Raum der Schule entwachsen, erlernte er das Maurerhandwerk, das er jedoch schon frühzeitig mit seinem eigentlichen Beruf als Bergarbeiter vertauschte. Seine erste Schicht verfuhr er mit 19 Jahren auf dem Steintohlensteacht Oberkirchen, wo er auch gleichzeitig unserem Verband beitrug.

Im Jahre 1912 brach im Revier ein Streik aus. Heinrich Köfemeier stand in vorderster Linie und mußte nach Beendigung desselben mit vielen Kameraden die Heimat verlassen und in der Fremde sein Brot verdienen. Erst nach längerer Zeit konnte er zu seiner Familie zurück und seine Arbeit in der Heimat wieder aufnehmen. Seine Kampfkraft blieb ungebrochen. Unermüdet wirkte er weiterhin für unseren Verband und führte denselben unzählige Mitglieder zu. Durch seine Kenntnisse und Verdienste auf ihn aufmerksam gemorden, betraute ihn die Bezirksleitung Hannover unter Zustimmung des Vorstandes mit der Führung der Geschäftsstelle Schaumburg-Lippe. In dieser Stelle hat der leider viel zu früh von uns Begangene vorbildlich bis zu seinem jetzt erfolgten Tode gewirkt.

Heinrich Köfemeier ist nicht mehr! Sein Tod hat eine fühlbare Lücke gerissen. Wir trauern mit den Hinterbliebenen und geloben, in seinem Sinne weiter zu arbeiten.

### Aus Mitteldeutschland.

#### Die Geschäftsstelle Helbra im letzten Jahre.

Aus dem Geschäftsbericht, den der Kamerad Schindler auf der Jahreskonferenz der Geschäftsstelle Helbra gab, war ersichtlich, daß im Berichtsjahre Arbeiterentlassungen und Freierlichtungen an der Tagesordnung waren. Die Löhne der Bergarbeiter sind weiter gesunken. Dadurch ist die Not der Bergarbeiter bedeutend vergrößert worden. Die Braunkohlenarbeiter mit ihren gelben Wertvereinen und unter Mithilfe der kommunistischen KPD. waren eifrig bemüht, die freigewerkschaftlichen Arbeitnehmer aus den Betrieben herauszudrücken. Aber trotz aller Verheimlichungen und Schifane dieser Leute, hat der Verband nur mit ganz geringen Abweichungen seinen Stand behaupten können. Die Massenverhältnisse waren bedrückend. Wurden doch im Berichtsjahre an Arbeitslose und Kurzarbeiter 33 319,94 M. und an Kranke 12 126,21 M. gezahlt. Des weiteren wurden 550 M. an gemäßregelte Mitglieder gezahlt. Außer diesen statutarischen Unterstützungen wurden aus Lokalmitteln für in Not geratene Kameraden 1 006,50 M. ausgegeben. Auch auf dem Gebiete des Rechtsschutzes wurden für die Mitglieder ganz

wesentliche Erfolge erzielt. Vor den Arbeitsgerichten, Oberverfügungsämtern und sonstigen Gerichten mußten 101 Klagen angestrengt werden, wodurch sich 120 Vertretungen notwendig machten. Der erstrittene Betrag betrug außer den materiellen Erfolgen vor den Arbeitsgerichten 939,56 M. und vor den Oberverfügungsämtern 2 422,40 M. Der Schriftverkehr zwischen Geschäftsstelle und Ortsverwaltungen zeigte 875 Eingänge und 1255 Ausgänge. Die von den Revisoren beantragte Entlastung der Geschäftsleitung erfolgte einstimmig.

### BÜCHER

Sämtliche hier angezeigten Bücher sind durch unsere Buchhandlung H. Hansmann & Co., Bochum, Wiemelhauser Straße 38-42, zu beziehen.

Die deutschen Parteien. Wesen und Wandel nach dem Kriege. Von Neumann. Organisationsausgabe für freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter. Zu beziehen vom MGB-Berlag, Berlin, zum Preise von 2,50 M. statt 5 M. im freien Bezuge. — Wer Politik treiben will, muß die politische Wirklichkeit in ihren bestimmenden Willenskräften, ihren Strukturzusammenhängen und realen Tatbeständen kennen. Da Politik in unserem Staate aber gleichzeitig Willensäußerung der einzelnen politischen Parteien ist, bedeutet unsere Feststellung nichts anderes, als daß der Politiker eben genaueste Kenntnis von dem Wesen der einzelnen politischen Parteien besitzen muß. Durch das hier zur Besprechung stehende Büchlein wird nun diese notwendige Kenntnis in ebenso leicht faßlicher wie ausreichender Weise vermittelt. Wenn deshalb etwas an politischer Orientierung gelegen ist, der lege sich dieses Buch zu, da sich wohl nicht so leicht noch einmal Gelegenheit bietet, so billige eine so gute Uebersicht über die politische Kräfteverteilung zu erhalten.

„Nach der Nacht der langen Messer, Blide ins Dritte Reich.“ Verlag: Fr. Heine, Berlin S. 68, Lindenstraße 3. 32 Seiten mit Umschlag. 1932. Preis 10 Pf. — Die Vorheimer Dokumente der Nazis sowie einige bisher unbekanntes Schriftstücke werden im Original wiedergegeben. Der Beweis der nationalsozialistischen Korruption und ihrer Mordandrohungen wird erbracht.

### Knappschafftsältestenkommission Oberhausen.

Sonntag, den 19. d. M., vormittags 10 Uhr, findet im Volksheim in Mülheim (Ruhr), Hindenburgstraße 108, die übliche Quartalsitzung statt. Nach der Sitzung Familienausflug in das Ruhrtal. Erscheinen aller Ältesten ist notwendig.

### UNSERE TOTEN

Schmidhorst: Paul Thon, seit 1929 organisiert. — Laubuschbach: Friedrich Bördner, 55 Jahre alt, seit 1919 Mitglied. — Gladbeck III: Wilhelm Sudermann gen. Müller, 72 Jahre alt, seit 1889 Mitglied. — Bergedorf: Johann Blas, 40 J. 49 Jahre alt, 27 Jahre Mitglied. — Heekzen: Hermann Schmidt, verunglückt, seit 1917 Mitglied. — Stoppenberg: Johann Klaiber, 72 J. alt, seit 1904 Mitglied. — Zwickel: Hermann Balaenbach und August Faska. — Hülse: Gustav Heruth, organisiert seit 1924. — Essen-Fulerum: Heinrich Maßhoff, 31 Jahre organisiert — Oberwöhren: Karl Kater, Mitglied seit 1900, Gründer der Zählstelle. — Goslar: Hermann Stachorff, organisiert seit 1919. — Emsdorf (Saar): Michel Schmitt, organisiert seit 1919. — Auerbach: Wilhelm Thiemer, organisiert seit 1897, Mitbegründer der Zählstelle. — Helbra: Hermann Krüger, langjähriger Vertrauensmann.

Ehre ihrem Andenken!

**Bei Gallenstein- und Leberleiden**  
hilft Philippsburger Löwenzahn- und Reichenkraut am sichersten und raschesten.  
Sende Karte reichten die Gallensteine, die Leber und das Blut, müssen vollständig auf dem Wege der Ausscheidung und werden in nur 1 bis 10 M. Kurzeit mit je 5 St. (4-10 St.) nur 15.- M. (inkl. Nachnahme durch das Herbario-Kräuterparadies, Philippsburg 62 401 (Baden).  
Beschreibung aller reineren Gemüse- und Heilpflanzenliste. — Straßburg gratis.

**GEG Kautabak**  
aus Deinem Konsumverein  
Nichts ist würziger!

**Konkurrenzlos herabgesetzte Preise!**  
**Billige böhmische Bettfedern vom Gänsezüchter!**  
Vertrauliches, best-reellstes christliches Haus!  
1 Pfund große Gänsefedern 1.20  
2 Pfund große Gänsefedern 1.50  
3 Pfund große Gänsefedern 1.80  
4 Pfund große Gänsefedern 2.10  
5 Pfund große Gänsefedern 2.40  
6 Pfund große Gänsefedern 2.70  
7 Pfund große Gänsefedern 3.00  
8 Pfund große Gänsefedern 3.30  
9 Pfund große Gänsefedern 3.60  
10 Pfund große Gänsefedern 3.90  
11 Pfund große Gänsefedern 4.20  
12 Pfund große Gänsefedern 4.50  
13 Pfund große Gänsefedern 4.80  
14 Pfund große Gänsefedern 5.10  
15 Pfund große Gänsefedern 5.40  
16 Pfund große Gänsefedern 5.70  
17 Pfund große Gänsefedern 6.00  
18 Pfund große Gänsefedern 6.30  
19 Pfund große Gänsefedern 6.60  
20 Pfund große Gänsefedern 6.90

**Ich helfe Ihnen!**  
Gummi, Tropfen, Tee, Preisverwässerung durch Husten & Reben (H. M. H. B., Berlin W 30 43.)

**Billige böhmische Bettfedern**  
Nur reine gutfüllende So. en.  
1 Stilo: große geschäftliche 2.50  
2 Stilo: halbe 1.50  
3 Stilo: kleine 1.00  
4 Stilo: beste 1.50  
5 Stilo: beste 2.00  
6 Stilo: beste 2.50  
7 Stilo: beste 3.00  
8 Stilo: beste 3.50  
9 Stilo: beste 4.00  
10 Stilo: beste 4.50  
11 Stilo: beste 5.00  
12 Stilo: beste 5.50  
13 Stilo: beste 6.00  
14 Stilo: beste 6.50  
15 Stilo: beste 7.00  
16 Stilo: beste 7.50  
17 Stilo: beste 8.00  
18 Stilo: beste 8.50  
19 Stilo: beste 9.00  
20 Stilo: beste 9.50

**Persil** **Henko**  
Schon seit Jahrzehnten sind wir zwei bei jeder Wäsche stets dabei!

**Miele-Wringer**  
mit 55 m dicken, weichen Gummiwalzen und dem praktischen „Miele“-Zuführungsbrett D.R.G.M.  
gewährleisten ein besonders wirkungsvolles Auswringen der Wäsche bei größter Schonung auch der zartesten Gewebe.  
Der Wringer besitzt eine schier unbegrenzte Lebensdauer. Messing-Druck- und Klemmschrauben.  
Preise für Holzgestellwinger: Preise für Eisengestellwinger:  
Nr. 1 Walzenlänge 33 cm Walzenstärke 27 mm 27.- 29.-  
Nr. 2 Walzenlänge 33 cm Walzenstärke 27 mm 27.- 29.-  
Nr. 3 Walzenlänge 33 cm Walzenstärke 27 mm 27.- 29.-  
Nr. 4 Walzenlänge 33 cm Walzenstärke 27 mm 27.- 29.-  
Nr. 5 Walzenlänge 33 cm Walzenstärke 27 mm 27.- 29.-  
Nr. 6 Walzenlänge 33 cm Walzenstärke 27 mm 27.- 29.-  
Nr. 7 Walzenlänge 33 cm Walzenstärke 27 mm 27.- 29.-  
Nr. 8 Walzenlänge 33 cm Walzenstärke 27 mm 27.- 29.-  
Nr. 9 Walzenlänge 33 cm Walzenstärke 27 mm 27.- 29.-  
Nr. 10 Walzenlänge 33 cm Walzenstärke 27 mm 27.- 29.-  
Nr. 11 Walzenlänge 33 cm Walzenstärke 27 mm 27.- 29.-  
Nr. 12 Walzenlänge 33 cm Walzenstärke 27 mm 27.- 29.-  
Nr. 13 Walzenlänge 33 cm Walzenstärke 27 mm 27.- 29.-  
Nr. 14 Walzenlänge 33 cm Walzenstärke 27 mm 27.- 29.-  
Nr. 15 Walzenlänge 33 cm Walzenstärke 27 mm 27.- 29.-  
Nr. 16 Walzenlänge 33 cm Walzenstärke 27 mm 27.- 29.-  
Nr. 17 Walzenlänge 33 cm Walzenstärke 27 mm 27.- 29.-  
Nr. 18 Walzenlänge 33 cm Walzenstärke 27 mm 27.- 29.-  
Nr. 19 Walzenlänge 33 cm Walzenstärke 27 mm 27.- 29.-  
Nr. 20 Walzenlänge 33 cm Walzenstärke 27 mm 27.- 29.-  
Zu haben in den Fachgeschäften  
**Mielewerke A.G., Gütersloh/Westf.**  
Größte Waschmaschinenfabrik Deutschlands.

**Jetzt große Fabrikreste**  
und sonstige zurückgesetzte Stoffe nach Gesicht.  
Nr. 1 Weiße Stoffe, große Stücke, per 100 Stk. 95 Pf.  
Nr. 2 Ungebleichte Tücher, ar. Stücke, p. 100 Stk. 90 Pf.  
Nr. 3 Hemdenflanelle, große Stücke, per 100 Stk. 98 Pf.  
Nr. 4 Stoffe für Schürzen, Kleider und sonstige Wäschestoffe sortiert, große Stücke, per 100 Stk. 125 Pf.  
Abgabe von jeder Nummer 3 Pfund oder 6 Pfund oder 10 Pfund.  
Nr. 5 Weisses Hemdentuch, 80 cm breit, besonders solide, gute, mittelstärkige, dicht geflochtene, taugliche Qualität. Diese vorzügliche Sorte ist ohne Appretur hergestellt, weshalb diese in der Wäsche fast leichter noch dichter wird. Ausnahmepreis per Meter ..... 27 Pf.  
Abgabe hieron bis 100 Meter an einen Kunden.  
Meine Garantie: Bei Wunsch sofortige Zurücknahme jeder Ware auf meine Kosten und sofortige Rückzahlung des vollen ausgelegten Betrages.  
Versand erfolgt per Nachnahme von 10.- an; ab 20.- postfreie Lieferung.  
**Josef Witt, Weiden 295 (Ort.)**  
Größtes Hemden- und Spezialwebereibetrieb in Weiden in Europa mit eigenen Spinnereien, mit eigener Baumwollspinnerei und eigenem Ausrüstungsbetrieb.  
aus unserer Verbandsbuchhandlung  
**H. Hansmann & Co., Bochum, Wiemelhauser Straße 38-42**